

Wir Berlinerinnen

LandesFrauenRat Berlin e.V.



97/Juni 2007

Inhalt

Thema

G8-Gipfel und die Frauen ab Seite 17

LFR Aktuell

Ehrung von Barbara Faccani Seite 3

Staatssekretärin beim LFR Seite 4

Diversity-Seminar im Herbst Seite 4

Berlin

Neue GM-Kommission Seite 5

Dagmar Reim wiedergewählt Seite 5

Medaille für Barbara John Seite 6

Gedenken an Bürgermeisterin Seite 7

Kritik an HPV-Impfung Seite 8

Förderverein Frauenwelten Seite 9

Frauenpolitik national

Frauen und Mindestlohn Seite 10

Appell zum Familientag Seite 10

Genderprojekte im Netz Seite 10

Sexismus in der Werbung Seite 11

Gemeinnützigkeitsreform Seite 11

Familienpolitik ist Vorteil Seite 16

Frauenpolitik international

Vereinbarkeit international Seite 20

Aktuelles aus Europa Seite 21

Verbände auf einen Blick

Resolutionen zur Pflege Seite 22

Rückblick auf Frauentag Seite 23

Rubriken

Impressum Seite 2

LFR unterwegs Seite 2

Position Seite 12

Neues aus dem UCW Seite 24

Buch Seite 25/26

Termine Seite 27

plus Dokumentation

Wowereit-Rede zum 50. Todestag
von Louise Schroeder in der Heftmitte

Liebe Ladies,

haben auch Sie Sorge um Knut? Viele Kinder in Deutschland sind zu dick, bewegen sich zu wenig und sprechen schlecht, weil mit Ihnen zu wenig gesprochen wird. Knut hat ganz schön zugelegt, nuckelt immer noch gerne an diversen Fingern und spricht - jedenfalls in der interessierten Öffentlichkeit - nicht. Vielleicht weiß sein Ziehvater Dörflein mehr, aber Herr Dörflein schweigt.

Bewegen tut sich Knut allerdings, zumindest zu Lande und zu Wasser. Luftsprünge waren bislang nicht zu beobachten, aber ich habe auch noch nicht von fliegenden Eisbären gehört. Flying Eis-Knut, das wäre wirklich sensationell. Ob man Knut dies mit Hilfe eines ausgeklügelten Gutscheinsystems beibringen könnte? Ich finde die Gutschein-Idee gut. Sie ist bloß nicht neu - Kita-Gutscheine gibt es in Berlin und in Hamburg schon länger. Und jetzt ist auch unsere Bundesfamilienministerin auf dem Gutscheintrip. Wenn sie gleich darauf gekommen wäre, dann wären uns so viele andere tolle Ideen und Begriffe vorenthalten worden, die in der Großen Koalition mit so viel Hingabe seit Monaten entwickelt und diskutiert werden. Allein schon die Bereicherung der deutschen Sprache um Wortschöpfungen wie „Wickelvolontariat“, „Gebärmaschinen“ und „Herdprämie“ - so viel Kreativität hat es selten zuvor gegeben.

Beim Elterngeld gibt es Durchhalteprämien für junge Männer, die sich in der Nähe eines Kindes aufhalten wollen. Die Annäherung kann sogar soweit gehen, dass es zu Windelkontakten kommt. Natürlich nur freiwillig. Junge Väter sollen vorzugsweise zusammen mit den Müttern die zwei Elternmonate nehmen, da es zum einen anfangs mit dem Nachwuchs noch nicht ganz so stressig ist und sie zum anderen der Erlebnishölle „Kinderzimmer“ dann nicht alleine ausgesetzt sind. (Wickel-)Volontäre lässt frau eben in der Regel nicht alleine.

„Gebärmaschinen“ – wir Frauen sollen bischofsseitig davor bewahrt werden, zu eben solchen zu mutieren und ja, die „Herdprämie“ – sie soll merkwürdigerweise nicht für guten Service des Herdes oder am Herd gewährt werden, sondern einfach dafür, dass wir uns samt Nachwuchs in der Nähe des Gerätes möglichst lange aufhalten. Das passt nicht wirklich zu Knut, da müsste es doch eher eine Eisschrankprämie geben.

Ihre Knut-infizierte

Gratulation

Neue Präsidentin

♦ In der deutschen Justiz rücken immer mehr Frauen an die Spitze: So hat Richterin Marion Eckertz-Höfer Ende Mai das Amt der Präsidentin des Bundesverwaltungsgerichts angetreten. Derzeit wird auch das Bundesarbeitsgericht in Erfurt von einer Frau geführt. Und: Neue Präsidentin des Berliner Landesverfassungsgerichts ist Margret Diwell, die das Abgeordnetenhaus am 26. April 2007 in das Amt wählte. Allerdings kann die 56jährige Rechtsanwältin und Fachanwältin für Familienrecht dieses vorerst nicht antreten, da eine von der Linksfraktion vorgeschlagene Richterin bei der Wahl durchfiel. Das Landesverfassungsgericht kann nur komplett bestellt werden. Die LFR-Vorsitzende Juliane von Friesen gratulierte der neuen Präsidentin im Namen des LandesFrauenRates zu ihrer neuen Aufgabe.

Impressum

Herausgeber:
LandesFrauenRat Berlin e.V.
Sigmaringer Straße 1
10713 Berlin
Telefon: 030/785 70 10
Fax: 030/86 00 88 40
Email: lfr-berlin@t-online.de
Redaktion: Juliane Freifrau von Friesen (ViSdP), Marlies Brouwers, Mechthild Rawert, Angelika Tayfun, Anneliese Wolf, Sabine Röhrbein

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des LandesFrauenRates wieder. Beiträge oder Auszüge dürfen nur mit ausdrücklicher Genehmigung des LandesFrauenRates Berlin e.V. von Dritten veröffentlicht werden. Davon ausgenommen sind der Deutsche Frauenrat und die Dachverbände der Frauenverbände in den Bundesländern.

Erscheinungsdatum: 12.06.2007

Deutscher Frauenring jetzt in Berlin

♦ Am 23. April 2007 eröffnete der Deutsche Frauenring seine neue Bundesgeschäftsstelle in Berlin. Bisher war der Sitz der Bundesgeschäftsstelle immer an den Wohnort der amtierenden Präsidentin gebunden. Nun hat sich der Verband aber entschieden, in die Hauptstadt zu ziehen, und zu einer kleinen Feier anlässlich dieses Ereignisses eingeladen. Dr. Elisabeth Botsch hat die Leitung des Büros in der Brandenburgischen Straße 22 übernommen und koordiniert die Arbeit des Verbandes. Zahlreiche Mitglieder des Verbandes hatten die Eröffnung des Hauptstadtbüros für

einen Berlin-Besuch genutzt. Der Verband ist überparteilich und überkonfessionell, arbeitet in allen Bereichen des öffentlichen Lebens für die Interessen von Frauen und bietet Angebote zur politischen Bildung und zu gesellschaftspolitischen Themen. Die Glückwünsche des LandesFrauenRates überbrachten Anneliese Wolf und Marlies Brouwers. Sie gaben ihrer Hoffnung Ausdruck, einen neu zu gründenden regionalen Ortsverein des Deutschen Frauenrings auch bald als Mitgliedsverband begrüßen zu können.

(MB)

Starke Frauen für Berlin

♦ Die Gleichstellungsstelle der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus hatte zum 3. Mai eingeladen, um sich unter der Überschrift „Frauen machen Politik“ vorzustellen. Neben der Abgeordneten Ulrike Neumann, die Leiterin der Gleichstellungsstelle ist, sprachen Ingeborg Junge-Reyer, Bürgermeisterin und Senatorin für Stadtentwicklung, Gisela von der Aue, Senatorin für Justiz, Canan Bayram, die Frauenpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion und Iris Spranger, Staatssekretärin für Finanzen. Sie gaben einen Querschnitt über ihr Arbeitsgebiet, wiesen auf die Chancen von Frauen hin und stellten Forderungen für

die Zukunft auf. So werden immer noch die Kompetenzen von Frauen übersehen. Es gehe darum, eine „Stadt der Frauen“ zu planen, in der Frauen die Verantwortung für die Steuerung der Arbeit übernehmen und nicht nur für deren Erledigung. Auch Fragen der Zwangsverheiratung und der Gewalt gegen Frauen wurden ebenso angesprochen wie die finanzielle Situation des Landes Berlin. Anschließend stellten sich die Frauen der SPD-Fraktion mit ihren Arbeitsgebieten vor.

Fazit: Es muss noch viel mehr für Frauen getan werden – nicht nur auf der politischen Ebene.

(wo)

LFR-Preis für TeBe-Frauen

♦ Die Höchstleistungen von Sportlerinnen anzuerkennen und sie damit zu eben solchen zu motivieren, ist kein geringes Anliegen des LFR Berlin: So war es Juliane von Friesen eine ganz besondere Freude, die Kickerinnen von Tennis Borussia Berlin als bestes Frauenteam der Respect Gaymes mit dem Sonderpreis des LandesFrauenRates auszuzeichnen – eine formschöne und knallbunte Nana mit Widmung, die im Einerlei

der typischen Sportpokale neidische Blicke auf sich zog.

Bei den Respect Gaymes stehen Fußball- und Streetball-Turniere sowie Kampfsportarten im Mittelpunkt. Der Lesben- und Schwulenverband Berlin-Brandenburg hatte dazu am 9. Juni in den Jahn-Sportpark in Prenzlauer Berg eingeladen, um mittels der sportlichen Begegnung für Toleranz und Respekt für Lesben, Schwule und Transgender zu werben.



Vita Activa für MigrantInnen

♦ Bei einem Festakt zum Verfassungstag 2007 am 23. Mai haben Bundesinnenminister Dr. Wolfgang Schäuble (CDU) und Bundesjustizministerin Brigitte Zypries (SPD) in Berlin die „Botschafter der Toleranz“ ausgezeichnet. Unter den Preisträgern auch Barbara Faccani, Beisitzerin im Vorstand des LandesFrauenRates Berlin. Seit über 30 Jahren kämpft sie für die Verbesserung der politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen von Migrantinnen, Migranten und Flüchtlingen und engagiert sich in Einzelfällen auch ganz konkret für sie. Der Landes-FrauenRat gratuliert ihr recht herzlich zu der hohen Auszeichnung, die an Initiativen und Einzelpersonen vergeben wird, die sich ideenreich und engagiert für Demokratie und ein tolerantes Miteinander einsetzen. Die Verleihung dieses Titels ist mit einem Preisgeld von jeweils 5.000 Euro verbunden. Das „Bündnis für Demokratie und Toleranz – gegen Extremismus und Gewalt“ spricht die Ehrung jährlich aus und lädt zudem rund um den Verfassungstag mehr als 400 Jugendliche aus ganz Deutschland zu einem mehrtägigen Jugendkongress ein. Die Ausgezeichnete Barbara Faccani hat die Arbeit mit Menschen mit Migrationshintergrund in der evangelischen Kirche und weit darüber hinaus in den letzten mehr als drei Jahrzehnten entscheidend mit geprägt. Sie hat sich sowohl um einzelne Schicksale gekümmert als auch um eine Veränderung der politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen gestritten. Die Diplom-Volkswirtin verfasste 1971 den ersten Bericht über die damaligen „Gastarbeiter“ für den Leiter des Kirchlichen Dienstes in der Arbeitswelt. Daraufhin wurde sie in den Kirchenleitungsausschuss für Ausländerarbeit berufen. Barbara Faccanis Engagement geht jedoch weit über ihre Tätigkeit im Rahmen der evangelischen Kir-

che hinaus – so initiierte sie in Berlin 1975 den „Tag der ausländischen Mitbürger“ und gründete den ökumenischen Vorbereitungsausschuss für die „Woche der ausländischen Mitbürger – Interkulturelle Woche“, wo sie noch heute aktiv ist.

Darüber hinaus setzt sie sich in zahlreichen anderen Gremien dafür ein, Migrantinnen und Migranten ein besseres Leben zu ermöglichen und ihre Rechte zu stärken. Sie gründete den Verein Hilfe für ausländische Frauen und Kinder e.V., dem sie heute noch vorsitzt, und den Türkisch-Deutschen Frauenverein. Bei Vertretern der Wirtschaft warb Barbara Faccani für mehr Problembewusstsein für die Belange von Menschen nicht-deutscher Herkunft. Die LFR-Beisitzerin hat nicht nur die Interkulturelle Woche, sondern auch die Kunstauktion der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg Schlesische Oberlausitz (EKBO) zugunsten von Projekten für Migranten und Flüchtlinge mit aus der Taufe gehoben. Mit einem großen politischen Gespür hat sie neue Themen frühzeitig erkannt, entsprechende Initiativen mit auf den Weg gebracht und in der Politik für ihre Anliegen geworben.

Als stellvertretende evangelische Vorsitzende der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit setzt sich Barbara Faccani gegen jede Form von Antisemitismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit ein. Sie ist ebenso Vorsitzende des Evangelischen Vereins zur Förderung der Initiativen gegen Arbeitslosigkeit Berlin-Steglitz (eviga) e.V. wie Schatzmeisterin des Freundeskreises der Evangelischen Akademie. „Toleranz ist für sie nicht Duldung, sondern eine aktive Haltung der Empathie wie der kritischen Auseinandersetzung. Frau Faccani ist im besten Sinne des Wortes Botschafterin der Toleranz“, urteilt das „Bündnis für Demokratie und Toleranz“.

(sbr)

Würdigung

Herzlichen Dank

Unser Vereinsgründungsmitglied BARBARA FACCANI wurde am 23. Mai 2007 vom Bündnis für Demokratie und Toleranz ausgezeichnet. Sie ist eine Botschafterin für Demokratie und Toleranz. Diesen Titel hat sie sich wahrhaft verdient: Weit über 30 Jahre lang engagiert sie sich für die Belange von Migranten und Flüchtlingen.

Sie hat 1971 den ersten Bericht über die in Deutschland lebenden Migrantinnen für den Leiter des Kirchlichen Dienstes in der Arbeitswelt verfasst. Daraufhin berief man sie in den Kirchenleitungsausschuss für Ausländerarbeit. 1975 initiierte sie in Berlin den „Tag der ausländischen Mitbürger“, aus dem die „Interkulturelle Woche“ wurde, deren ökumenischen Vorbereitungsausschuss sie gründete und in dem sie bis heute aktiv ist.

Auch in anderen Gremien setzt sie sich dafür ein, Migrantinnen die Rechte zu stärken und ein besseres Leben zu ermöglichen. Die Vereine „Hilfe für ausländische Frauen und Kinder“ sowie unseren Verein hat sie 1983 mit aus der Taufe gehoben. Durch eigens initiierte Kunstauktionen, politische Lobbyarbeit und Kontakte zur Wirtschaft erhält sie finanzielle Unterstützung für verschiedene Projekte.

Barbara ist jahrelang vielseitig tätig und in der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit und im LandesFrauenRat Berlin Vorstandsmitglied sowie Schatzmeisterin des Freundeskreises der Evangelischen Akademie.

Wir danken Ihr für die jahrelange Unterstützung auch in unserem Verein.

**Türkisch-Deutscher
Frauenverein mit Papatya**

Einladung

**LandesFrauenRat Berlin
Berliner Frauenbund 1945
laden ein**

Frauenkarriere

**Reflexionen über
frauenspezifische
Erfahrungen
im Mainstream
der Politik**

**mit Dr. Michaela
Schreyer**

**am 13. Juni 2007
um 18 Uhr**

**im UCW-Konferenzsaal,
Sigmaringer Straße 1,
10713 Berlin (U-Bhf
Blissestraße)**

Die frühere EU-Kommissarin war im ersten rot-grünen Berliner Senat von 1989 bis 90 Senatorin für Stadtentwicklung und Umweltschutz. Von 1991 bis 1999 gehörte sie dem Abgeordnetenhaus von Berlin an, leitete zeitweilig die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen und übernahm als Präsidiumsmitglied des Berliner Parlaments Verantwortung. 1999 schlug sie Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) für den Posten der EU-Kommissarin für den Haushalt vor. Trotz starker Widerstände der Union konnte sie in den Anhörungen vor dem Europäischen Parlament überzeugen und hatte von September 1999 bis Oktober 2004 das Amt der EU-Kommissarin inne. Dr. Michaela Schreyer machte durch ihren realpolitischen Ansatz, ihre Sachkunde, ihren Gestaltungswillen, ihre Führungsfähigkeit und ihre Bereitschaft zur Auseinandersetzung von sich reden.

Nehring-Venus: Rahmenprogramm in Arbeit

♦ Bis zum Internationalen Frauentag am 8. März 2008 will die Senatsfrauenverwaltung ein Gleichstellungspolitisches Rahmenprogramm für den Berliner Senat vorlegen. Darüber informierte Staatssekretärin Altmuth Nehring-Venus beim Besuch des LandesFrauenRates im April. Berlin könne sich zwar im Vergleich mit den anderen Bundesländern sehen lassen. Doch es gebe nach wie vor Defizite, die jetzt erstmals in Form eines Rahmenprogramms aufgearbeitet werden sollen. Ausgangslage ist der Bericht über die Situation der Frauen in Berlin. Demgegenüber will das Gleichstellungspolitische Rahmenprogramm in vier Politikfeldern Akzente setzen: bei Wirtschaft und Arbeit, Bildung inklusive Schule, Aus- und Berufsbildung und Hochschule sowie bei Integration, Gesundheit und Soziales.

Die Vorarbeiten sollen bis zum Sommer diesen Jahres Expertinnenrunden aus der Verwaltung leisten. Dabei sollen eine gleichstellungspolitische Soll-Haben-

Übersicht erstellt und konkrete Defizite benannt werden. Die verschiedenen Senatsverwaltungen werden dann dazu um Stellungnahme gebeten. Dieser Prozess soll in der zweiten Jahreshälfte mit dem Entwurf des Rahmenprogramms abgeschlossen werden. Im kommenden Jahr sollen Maßnahmen entwickelt werden, die sich aus diesem Programm ergeben. In den gesamten Prozess sollen auch externe Expertinnen wie zum Beispiel der LandesFrauenRat einbezogen werden.

Als weitere wichtige Schwerpunkte der Arbeit der Senatsfrauenverwaltung nannte Altmuth Nehring-Venus die Frauenförderung in der Wissenschaft und der Privatwirtschaft, Diversity-Management, Frauen als Existenzgründerinnen und in der Unternehmensnachfolge sowie die nach wie vor unverzichtbare Anti-Gewalt-Arbeit. Außerdem seien Frauen in prekären Beschäftigungsverhältnissen ein Thema, dem sich der Frauensenator künftig verstärkt zuwenden wolle. (sbr)

Diversity-Seminar in Vorbereitung

♦ Einen erfolgreichen Einstieg in die Zusammenarbeit mit der Evangelischen Akademie startete der LandesFrauenRat Berlin e.V. im vergangenen Jahr - 2007 soll sie mit dem Seminar „Wertschöpfung durch Vielfalt: Diversity - Unternehmenskultur der Zukunft“ am 12. und 13. Oktober fortgesetzt werden. Erneut ist die idyllisch gelegene Akademie-Bildungsstätte auf Schwanenwerder Tagungsort. Wieder sind Expertinnen und Experten vor allem aus Gesellschaft und Wirtschaft auf dem Podium. Das Grundsatzreferat „Gender-Diversity: Albtraum oder Traum-paar?“ wird Dr. Claudia Neusüß halten. Anschließend werden die Auswirkungen des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) in der Praxis skizziert unter anderem mit einer Vertreterin der

Antidiskriminierungsstelle des Bundes und aus juristischer Perspektive mit Juliane von Friesen. Wenn die Frage gestellt wird „Was machen die großen Religionsgemeinschaften als Arbeitgeberinnen mit dem AGG und Diversity?“ geben unter anderem Dr. Christine Bergmann (Evangelische Kirche Berlin-Brandenburg Oberschlesische und Niederlausitz) und Mario Jungglas (Caritas Verband) Auskunft. Beim abschließenden Panel debattieren Praktiker über Diversity als Thema der Wirtschaft, wie zum Beispiel der Vizepräsident der Türkisch-Deutschen Industrie- und Handelskammer Nihat Sorgoc. Interessentinnen für das Diversity-Seminar können sich jetzt schon beim LandesFrauenRat Berlin voranmelden. (sbr)



Landeskommission GM neu konstituiert

♦ Die 2003 vom Berliner Senat eingesetzte Landeskommission Gender Mainstreaming hat sich am 29. März 2007 neu konstituiert. Unter dem Vorsitz von Staatssekretärin Almuth Nehring-Venus wird sie regelmäßig tagen. Das Gremium setzt sich seiner hohen gleichstellungspolitischen Bedeutung entsprechend aus Staatssekretärinnen und Staatssekretären, durch den Rat der Bürgermeister benannte Vertreterinnen und Vertreter der Bezirke sowie anderer Bereiche der Verwaltung, Wissenschaft und Nichtregierungsorganisationen zusammen.

Mehr Geschlechtergerechtigkeit herzustellen und die Chancengleichheit von Frauen und Männern sowie Mädchen und Jungen verbindlich durch die Anwendung der Strategie des Gender Mainstreaming in allen Verwaltungsbereichen zu fördern - das ist nach wie vor eine zentrale Zielstellung des Berliner Senats in der 16. Legislaturperiode. „Gender Mainstreaming richtet sich als Querschnittsauftrag an alle politischen

und fachlichen Handlungsfelder: Von der Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Frauen und Männer bis zur Integrationspolitik, Behindertenpolitik sowie Innenpolitik und Sport, von Themen wie Wirtschaftsförderung und Bildungschancen von Jungen und Mädchen,“ erläutert Nehring-Venus. Diesen 2003 begonnenen Modernisierungsprozess steuert die Landeskommission und sorgt für die notwendige Verzahnung der Aktivitäten auf allen Ebenen der Verwaltung. In der 16. Legislaturperiode sollen Gender Mainstreaming und Gender Budgeting (GM/GB) in ein Regelverfahren überführt und im alltäglichen Verwaltungshandeln in allen Politikbereichen umgesetzt werden. Dazu hat die Kommission in ihrer ersten Sitzung wichtige Beschlüsse gefasst: „So wird der nächste Haushalt erstmals ausführliche Daten aus allen Politikfeldern enthalten, die die geschlechtsspezifische Verwendung der Gelder ausweisen“ hob die Frauenstaatssekretärin hervor.

IHK: Immer mehr Handwerksmeisterinnen

♦ Laut Industrie- und Handelskammer (IHK) Berlin wäscht die Zahl der weiblichen Handwerker ständig: Fast in jedem fünften Handwerksbetrieb in der Hauptstadt ist der Chef eine Chefin. Ebenso steigt die Zahl der weiblichen Azubis, bei ihnen ist Berlin sogar deutschlandweit Spitzenreiter. Vor zehn Jahren waren noch 15,8 Prozent des Meisternachwuchses Frauen, inzwischen stieg ihr Anteil auf 19,4 Prozent, informierte die IHK. Allerdings liegt noch das „klassische Frauenhandwerk“, der Friseurberuf, vorn. In den typischen Männerberufen holen die Frauen jedoch mächtig auf. So ist ihr Anteil bei den Feinwerkmechanikern zum Beispiel von 6,2 Prozent in 2005 auf 9,5 Prozent gestiegen.

Technische Innovationen sind ein wichtiger Grund, warum Frauen verstärkt das Handwerk für sich entdecken – weniger Körperkraft als vielmehr technische Kompetenz sind gefragt.

(sbr)

RBB: Dagmar Reim wiedergewählt

♦ Dagmar Reim bleibt weitere fünf Jahre Intendantin des Rundfunks Berlin-Brandenburg (rbb). Der Rundfunkrat wählte die 55-Jährige für die neue Amtszeit vom 1. Mai 2008 bis zum 30. April 2013. Von 27 anwesenden Rundfunkratsmitgliedern stimmten 24 mit Ja, zwei mit Nein. Es gab eine Enthaltung. Dagmar Reim leitet seit 1. Mai 2003 den RBB, der aus den ARD-Anstalten SFB und ORB hervorgegangen war. Sie ist die erste Frau an der Spitze einer öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalt in Deutschland. Die Vorsitzende des LandesFrauenRates Berlin Juliane von Friesen gratulierte der alten und neuen Intendantin herzlich als Frauenvertreterin im RBB-Rundfunkrat im Namen des LFR und des Frauenpolitischen Rats

Land Brandenburg. Beworben hatten sich auch Reinhard Griebner aus der Chefredaktion RBB-Fernsehen und Maximilian Merten, Abteilungsleiter im Justizariat des NDR, der aber seine Kandidatur aus persönlichen Gründen zurückgezogen hatte.

Am 4. November 1951 in Heidelberg geboren, studierte Dagmar Reim Geschichte, Germanistik und Publizistik in Mainz und München. Nach Abschluss des Studiums 1975 arbeitete sie als Redakteurin beim Bayerischen Rundfunk in München und wechselte 1979 zum WDR nach Köln. 1986 kam Dagmar Reim als Hörfunkredakteurin zum Norddeutschen Rundfunk nach Hamburg, leitete dort ab 1992 die Pressestelle und war zwei Jahre lang ARD-Sprecherin. 1995

wurde sie Chefredakteurin des NDR-Hörfunks und Programmereichsleiterin von NDR 4. Von Oktober 1998 bis April 2003 war sie Direktorin des NDR-Landesfunkhauses Hamburg.

Weitere Neuigkeit: Juliane von Friesen wurde zur stellvertretenden Vorsitzenden des Haushaltsausschusses des Rundfunkrates gewählt.

LFR-Info:

**Konferenz der
Landesfrauenräte
7. bis 9. September
in Aachen**

Keine Feier ohne Knut

Louise-Schroeder-Medaille für Barbara John

♦ Wie erläutert man am besten, dass Berlins entscheidendes Wesensmerkmal die Vielfalt ist? Am Beispiel des heißgeliebten Eisbärkerlchens: Knut hat aufgrund seiner Eltern einen echten Migrationshintergrund! Diese und andere Anmerkungen von Barbara John in ihrer Dankesrede quittierten die vielen Zuhörerinnen und Zuhörer im Berliner Abgeordnetenhaus am 26. April mit begeistertem Applaus. Überhaupt waren alle, die gekommen waren, der Meinung, dass es keine würdigere Ausgezeichnete geben könnte als Barbara John.

Die erste Ausländerbeauftragte in Deutschland, die ihr Amt in Berlin 22 Jahre lang ausübte, erhielt aus der Hand des Präsidenten des Berliner Abgeordnetenhauses Walter Momper die Louise-Schroeder-Medaille.

Barbara John hat Louise Schroeder als „amtierende Oberbürgermeisterin“ mit neun Jahren noch live erlebt, als ihre Eltern sie am Ende der Berliner Blockade zur Kundgebung vor dem Schöneberger Rathaus mitgenommen hatten.

Barbara John, selbst gebürtige Berlinerin, hat noch heute die begeisterten „Louise! Louise!“-Rufe im Ohr, wie sie sagte. Nun stand sie selbst im Mittelpunkt - Städtälteste, Vorsitzende des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes Berlin, Professorin an der Humboldt Universität und, und, und... Der frühere Bundespräsident Richard von Weizsäcker erklärte in seiner Laudatio, er selbst würde gerne einmal ihr Seminar besuchen, auch wenn es bei ihm nicht mehr viel nützen würde. Er nannte Barbara John eine „Quelle der Zuversicht in Berlin hinsichtlich des Zusammenlebens von Menschen aus vielen Kulturen“. Dann forderte er, sicher zur Überraschung der CDU-Vertreterinnen und -Vertreter wie Friedbert Pflüger, CDU-Fraktionschef im Abgeordnetenhaus, Hanna-Renate Laurien, die frühere Präsidentin des Berliner Parlaments, und Reinhold Führer, Amtsvorgänger von Walter Momper, die doppelte Staatsbürgerschaft. Richard von Weizsäcker nannte die Beibehaltung der ersten Staatsbürgerschaft ein Zei-

chen des Respekts vor der eigenen Herkunft und den eigenen Eltern. Diese Möglichkeit müsse in Deutschland geschaffen werden. In den heftigen Applaus stimmten unter anderem Heidi Knake-Werner, Senatorin für Soziales, Arbeit und Integration, Michael Müller, SPD-Fraktionschef im Berliner Parlament, und seine Kollegin von den Bündnisgrünen, Franziska Eichstädt-Bohlig, sowie Petra Pau, die Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages ein. Einhellige Zustimmung erhielt Richard von Weizsäcker für seine Forderung von Toleranz auf der Basis praktizierter Werte.

Dann wandte er sich wieder der Geehrten zu und pries ihre Klugheit und Menschlichkeit. Barbara John „konterte“ in ihrer Dankesrede mit den Worten, hier sei durch ihre Vorredner Walter Momper und Richard von Weizsäcker eine wirklich bemerkenswerte Person geschildert worden, der sie, wie sie hoffe, vielleicht einmal begegnen würde. Und dann kam da noch Knut...

Juliane von Friesen

Wertschätzung aller Nationalitäten für Barbara John

♦ Barbara John wurde 1938 in Berlin geboren und wuchs als Tochter schlesischer Eltern in Berlin-Kreuzberg auf. Sie machte in Berlin auch ihr Abitur, studierte dann in Lüneburg und war bis 1966 Grundschullehrerin in Hamburg. An der Freien Universität in Berlin und der London School of Economics absolvierte sie ein Zweitstudium der Politikwissenschaften und Bildungsökonomie, das sie als Diplompolitologin abschloss. Im Anschluss daran arbeitete sie mehrere Jahre in der Lehrerbildung im Fach „Deutsch als Zweitsprache“ an der FU Berlin. Im Jahr 1981 wurde Frau John

auf den neu geschaffenen Posten der Ausländerbeauftragten des Berliner Senats berufen und am 30. Juni 2003 als dienstälteste Ausländerbeauftragte in den Ruhestand verabschiedet. Während dieser Zeit hat sie sich große Wertschätzung bei allen Nationalitäten und Bevölkerungsgruppen der Stadt erworben und trägt bis heute zum sozialen Frieden in der Stadt bei. Sie ist noch immer eine gefragte Referentin bei Tagungen und Kongressen zur Integrationspolitik im In- und Ausland.

Im Mai 2001 wurde Barbara John zur Honorarprofessorin an das

Institut für Europäische Ethnologie der Berliner Humboldt-Universität berufen und seit Juli 2003 ist sie Koordinatorin für Sprachförderung bei der Senatsverwaltung für Wissenschaft, Bildung und Forschung. Außerdem ist sie Vorsitzende des Expertengremiums für Integrationssprachkurse beim Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge. Weiterhin ist sie die Vorsitzende des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes Berlin und stellvertretende Vorsitzende des Diözesanverbandes Berlin des Katholischen Deutschen Frauenbundes.

weiter auf Seite 7



Wertschätzung aller Nationalitäten

weiter von Seite 6

Die Louise-Schroeder-Medaille wird in Berlin seit 1998 durch den Senat verliehen und erinnert an die Sozialdemokratin Louise Schroeder. In der Zeit von 1948 bis 1951 war sie Erste Bürgermeisterin in Berlin und hat sich zeitlebens für die Gleichstellung von Frauen eingesetzt. Mit der Louise-Schroeder-Medaille wird jedes Jahr eine Persönlichkeit

oder Institution geehrt, die dem politischen und persönlichen Vermächtnis von Louise-Schroeder Rechnung trägt.

Marlies Brouwers

Die Rede zum 50. Todestag von Louise Schroeder können Sie in der Heftmitte nachlesen

Festkonzert zum runden Geburtstag

♦ Zum 20. Geburtstag des Konzertchors Friedenau erklingt am Samstag, dem 16. Juni, im Willy-Brandt-Saal im Rathaus Schöneberg ein Festkonzert. Die mehr als 90 begeisterten Sängerinnen und Sänger stellen Klassisches und Neues vor. Karten zum Preis von 9 Euro, ermäßigt 7 Euro gibt es an der Abendkasse und etwas preiswerter im Vorverkauf unter 82 70 76 40 (Pedro Elsbach).

Einzigste Oberbürgermeisterin Berlins

Gedenken an Louise Schroeder

♦ „Frauen regieren die Welt.“ Eine Utopie. Allein dem Schlagwerk bleibt es vorbehalten, eine solche irri- ge Behauptung aufzustellen. Aber immerhin ist es einer Frau gelungen, einen bleibenden Eindruck zu hinterlassen, und das nicht nur in Berlin: 1919 gehörte Louise Schroeder zu den Pionierinnen der jungen Demokratie und wurde in die Nationalversammlung der neuen Weimarer Republik gewählt. Bis 1933 blieb sie Abgeordnete. Zur Gedenkfeier aus Anlass ihres 50. Todestages am 4. Juni 2007 würdigte der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit Louise Schroeder mit folgenden Worten: „Sie war Stadtverordnete in Altona, Leiterin des dortigen Pflfegeteams, Vorsitzende des Ausschusses für Arbeiterwohlfahrt in Schleswig-Holstein und Dozentin für Sozialpolitik an der Hochschule für Politik Berlin und später an der Arbeiterwohlfahrtsschule. Volksvertreterin, Sozialpolitikerin, Hochschul-Lehrerin: So was nennt man breit aufgestellt. Und schon in jener Zeit fällt auf, dass Louise Schroeder Politik stets als Mittel verstand, um drängende soziale Probleme zu lösen. Heute würde man sagen: Sie machte Politik für die Menschen. Und was die Menschen bewegte, das wusste sie sehr genau.“ Ihre große Stunde schlug jedoch nach dem

Zweiten Weltkrieg 1947. Da war sie 58 Jahre alt und wurde zur Statthalterin Ernst Reuters, den die Alliierten als Oberbürgermeister abgelehnt hatten. Die Welt, insbesondere die Politik, wurde von Männern beherrscht, die Arbeit machten die Frauen. Louise Schroeder war zwar offiziell Oberbürgermeisterin, die Strippen soll jedoch Ernst Reuter gezogen haben. Egal ob Notnagel oder Statthalterin: Louise Schroeder machte Politik so, dass sie von den Berlinerinnen und Berlinern geliebt wurde. Und sie wurde in ganz Deutschland prominent: 1951 kannten zwei Drittel aller Bundesbürger ihren Namen.

Wie sie Menschen bewegen konnte, zeigt eine Rede, die im Rahmen der Gedenkfeier noch einmal abgespielt wurde: Am 12. Mai 1949 fand vor dem Rathaus Schöneberg eine Kundgebung zum Ende der Blockade statt. Eigentlich war es die Stunde der „großen Männer“ von Konrad Adenauer bis Carlo Schmid. Die Versammlung war bereits beendet, als aus der Menge tausender Menschen „Louise! Louise“-Rufe erschallten. Die Rede, die Louise Schroeder nun aus dem Stegreif hielt, bewegte auch noch die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Gedenkfeier ihr zu Ehren im Roten Rathaus fast sechs Jahrzehnte

später, unter ihnen als Vertreterinnen des LandesFrauenRates Berlin Juliane von Friesen, Marlies Brouwers, Anneliese Wolf, Mechthild Rawert - natürlich auch als MdB - und Angelika Tayfun.

Gesehen wurden auch der Präsident des Abgeordnetenhauses Walter Momper, die Fraktionsvorsitzenden von SPD und CDU, Michael Müller und Friedbert Pflüger, für die FDP Mieke Senftleben, für die Grünen Sybill Klotz und viele andere wie etwa auch die Schriftstellerin Inge Deutschkron. Sie alle verfolgten nicht nur mit Interesse die kenntnis- und inhaltsreiche Rede des Regierenden Bürgermeisters, sondern auch die Diskussion zum Thema „Frauen in der Politik“, die von Christine Bergmann, Bundesministerin a.D. und Senatorin a.D., Renate Künast, der Bundesministerin a.D. und Vorsitzenden der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, sowie Hanna-Renate Laurien, Präsidentin des Abgeordnetenhauses a.D., moderiert von RBB-Intendantin Dagmar Reim, geführt wurde. Der anschließende Empfang im Wappensaal des Roten Rathauses wurde wie immer zum intensiven Netzwerken genutzt, wobei die Rede Louise Schroeders im Jahre 1949 buchstäblich in aller Munde war.

Juliane von Friesen

HPV-Impfung über Chipkarte

♦ Die KV Berlin hat am 10. April 2007 mitgeteilt, dass die HPV-Impfung in Berlin über Chipkarte abgerechnet werden kann. Berlin ist das erste Bundesland, in dem dies möglich ist. Im übrigen Bundesgebiet gelten weiterhin Regelungen der Kostenerstattung. Die Ständige Impfkommission (STIKO) hatte zuvor die Impfung gegen humane Papillomviren (HPV) als Standardimpfung empfohlen. Die Empfehlung vom März gilt für Mädchen und junge Frauen im Alter von 12 bis 17 Jahren. „Frauen die innerhalb des von der STIKO empfohlenen Zeitraums keine Impfung gegen HPV erhalten haben, können ebenfalls von einer Impfung gegen HPV profitieren. Es liegt in der Verantwortung des behandelnden Arztes, nach individueller Prüfung von Nutzen und Risiko der Impfung seine Patientinnen auf der Basis der Impfstoffzulassung darauf hinzuweisen“, informiert das Robert-Koch-Institut.

Regionale Vereinbarungen

Damit die HPV-Impfung über die Versichertenkarte verordnet und abgerechnet werden könne, seien regionale Impfvereinbarungen zwischen den gesetzlichen Krankenkassen und den Kassenärztlichen Vereinigungen (KVen) nötig. Die KVen informieren rechtzeitig ihre Ärzte über alle Neuregelungen zu Abrechnung und Erstattung. Beim Kostenerstattungsprinzip verordnet der Arzt den HPV-Impfstoff auf Privatrezept und die Patientin tritt in Vorlage. Sie reicht dann die Rechnung zwecks Kostenerstattung bei ihrer Krankenkasse ein.

„Es ist nicht davon auszugehen, dass Krankenkassen, welche die Altersgrenzen für die HPV-Impfung der STIKO-Empfehlung anpassen, bereits geimpften Mädchen außerhalb der STIKO-Altersgrenzen eine zweite oder dritte Impfung verwehren“, betont das Robert Koch-Institut.

HPV-Impfung: mehr Informationen nötig

♦ Das Feministische Frauen Gesundheits Zentrum (FFGZ) Berlin hat jetzt die neu eingeführten HPV-Impfung kritisch beurteilt „Dringend erforderlich sind unabhängige, ausgewogene und differenzierte Informationen, die alle Mädchen und Frauen erreichen“, so das FFGZ in einer Stellungnahme. Die Expertinnen befürchten, dass die Impfung, mit der Gebärmutterhalskrebs reduziert werden soll, überbewertet wird. Die Mütter und Eltern der Zwölf- bis 17-jährigen jungen Frauen „sind in einem großen Dilemma aufgrund des komplexen Themas und brauchen Unterstützung dabei, ihren Töchtern zu einer adäquaten Entscheidung zu verhelfen“, heißt es. Für diese Altersgruppe empfahl die Ständige Impfkommission Ende März 2007 die Impfung, da nur der präventive Einsatz einen sicheren Schutz gewährleistet, und zwar nach heutigem Kenntnisstand für fünf Jahre. Viele Fragen seien noch offen, Studien über die Langzeitwirkung der Impfung gibt es ebenso wenig wie evidenzbasierte Daten. Die Krankenkassen übernehmen dennoch die Impfkosten in Höhe von etwa 500 Euro in der Hoffnung, die Erkrankungszahlen bei Gebärmutterhalskrebs zu minimieren. Eine Infektion mit bestimmten humanen Papilloma Viren (HPV) gilt als Voraussetzung für die Entstehung von Gebärmutterhalskrebs, allerdings deckt der neue Impfstoff nur HPV 16 und HPV 18 ab, die an 70 Prozent der Erkrankungen beteiligt sind. „Es gibt keinen Nachweis, dass der Impfstoff bei Frauen wirkt, die HPV-positiv sind oder waren. Trotzdem zeigen sich erste Bestrebungen, die Zielgruppe auf erwachsene Frauen auszuweiten - mit unklarem und nicht nachgewiesenem Nutzen für sie“, urteilt das FFGZ. Die Impfung könne Mädchen und Frauen in falscher Sicherheit wiegen, so dass sie auf den Einsatz von Kondomen und die Krebsfrüherkenn-

nungsuntersuchungen verzichten. Dabei könne die Neuerkrankungsrate an Gebärmutterhalskrebs in Deutschland erheblich niedriger liegen, wenn bei der Früherkennung jene Qualität erreicht würde wie zum Beispiel in Schweden, Finnland oder Großbritannien. Von einem „Durchbruch in der Krebsprävention“, wie die Pharmaindustrie behauptet, könne keine Rede sein, da Gebärmutterhalskrebs mit einem Anteil von 3,16 Prozent aller Krebsneuerkrankungen in Deutschland ein relativ seltener Krebs ist.

„Bis zu 80 Prozent der Frauen sind irgendwann in ihrem Leben mit HPV-Viren infiziert, doch ein gut funktionierendes Immunsystem deaktiviert die Viren“, erläutert das FFGZ. „Eine HPV-Infektion mit Hochrisikoviren wird nur dann problematisch, wenn das Immunsystem durch sogenannte Co-Faktoren, insbesondere Rauchen, Stress und die Einnahme der Pille, über Gebühr belastet wird. Doch auf diese Zusammenhänge werden Frauen praktisch nicht hingewiesen. Nur ein sehr kleiner Prozentsatz der HPV-positiven Frauen entwickelt dauerhafte Dysplasien am Gebärmutterhals.“ Nur 3,4 Prozent der HPV-positiven Frauen sind laut FFGZ mit den vier Viren infiziert, vor denen der neue Impfstoff schützt. Vor diesem Hintergrund sei es dringend erforderlich, „dass Mädchen und Frauen ihre Entscheidung für oder gegen die HPV-Impfung auf der Grundlage aller wichtigen Kriterien treffen können“, so die Expertinnen abschließend.

Die Stellungnahme sowie weitere Informationen und nützliche Adressen sind beim Feministischen Frauen Gesundheits Zentrum e. V., Bamberger Straße 51 in 10777 Berlin, Telefon: 030/213 95 97, Fax: 214 19 27, Email: ffgzberlin@snafu.de, Internet: www.ffgz.de zu finden.

Wider den Zeitgeist oder: Wie eine Frauenorganisation an die Bewegung(en) anknüpft

♦ „...Sie hätten vor 30 Jahren kommen müssen, das ist ja ein Thema von vorgestern“... – so oder ähnlich sind oft die Reaktionen, wenn wir über unseren Förderverein Frauenwelt – Ein Dokumentationszentrum der Hälfte der Menschheit e.V. reden. Angeblich ist die Gleichberechtigung vollzogen und alle sind zufrieden! Alle? – Nein, in einem kleinen Verein regt sich unbeugsamer Widerstand gegen die verordnete Geschichtslosigkeit.

Wir wollen einen Ort in Berlins Zentrum schaffen, an dem Menschen in wechselnden Ausstellungen weibliche Sichten auf die Geschichte erleben können. Wir gehen nämlich davon aus, dass es nicht nur eine, von Männern gemachte und berichtete Geschichte gibt, sondern dass es auch ganz unterschiedliche, aber auf weiten Passagen vergessene Frauengeschichten gab und hoffentlich bald wieder gibt. Daran arbeiten wir. Unser nächstes Projekt ist die Entwicklung der Ausstellung „Wohl und Wehe der Ehe“ im Rahmen der Wiedereröffnung des sanierten Schlosses Schönhausen in Pankow im Jahr 2009. Dort ist nach Vorstellung der Stiftung preußische Schlösser und Gärten im Inneren ein Schlossmuseum geplant. Wir freuen uns über die Wiederherstellung des maroden Gebäudes, denken aber, dass die vielen Millionen Euro Steuergeld zu eindimensional verwendet werden, wenn sie nur Antiquitäten lie-

bende Rokokofreunde ergötzen. Deshalb möchten wir in diesem ehemaligen Sommerschloss der Königin Elisabeth Christine, die hier 40 Jahre lang als ungeliebte Gattin von Friedrich dem Grossen ausharrte, Kulturgeschichte(n) aus dieser und anderen weiblichen Perspektiven vorstellen, die sich mit dem Thema Ehe und all ihren Facetten befassen.

Wir sind ein gemeinnütziger Verein von Frauen unterschiedlichen Alters, aus Ost und West, mit und ohne Kindern sowie unterschiedlichen Lebenserfahrungen. Wir verwalten treuhänderisch die Donation-Frauenstiftung zu Berlin.

Im Zusammenhang mit der vorgesehenen Ausstellung freuen wir uns sehr, wenn BerlinerInnen uns mit Geschichtswissen, Objekten, Kontakten, ehrenamtlicher Hilfe oder Geld unterstützen. Jede Anregung und Hilfe ist willkommen. Zuwendungen an den Verein und die Stiftung sind übrigens steuerlich absetzbar.

Dr. Carolin Krings-Lazovsky

Kontakt

Förderverein Frauenwelt – Ein Dokumentationszentrum der Hälfte der Menschheit e.V. und Donation-Frauenstiftung zu Berlin, c/o Dr. Carolin Krings-Lazovsky, Schöllkrautstraße 15 in 13503 Berlin, Telefon/Fax: 030485 87 19, Funk: 0172/294 03 13, Email: carolin.krings-lazovsky@gmx.de, Internet: www.frauenwelt.org

Woche des bürgerschaftlichen Engagements

♦ In der Zeit vom 14. bis 23. September findet in diesem Jahr die dritte Woche des bürgerschaftlichen Engagement statt. Die bundesweite Aktionswoche soll verdeutlichen, wie bürgerschaftliches Engagement jeden einzelnen bereichert und die Gesellschaft insgesamt stärkt. Zur Teilnahme an

der Aktionswoche sind alle Vereine, Verbände, Initiativen, Organisationen, Institutionen und Unternehmen aufgerufen. Ein erster Info-Flyer kann unter www.engagement-macht-stark.de bestellt werden. Auf der Website sind auch weitere Informationen zu finden.

Frauen als Täterinnen

♦ Dass Frauen nicht nur Opfer von häuslicher Gewalt sind, sondern auch zu Täterinnen werden, ist zwar bekannt. Gewalt von Frauen und konkreter: Gewalt in lesbischen Beziehungen wird jedoch weithin tabuisiert. Dagegen will jetzt ein von der EU gefördertes Forschungsprojekt des Vereins Broken Rainbow e.V. ansetzen, das sich mit Strukturen von Gewalt in lesbischen Beziehungen beschäftigt und Strategien der psychosozialen Versorgung entwickelt. Im Mittelpunkt stehen dabei lesbische Täterinnen, ihre Handlungsmotivationen, ihre Lebenssituationen und Möglichkeiten einer spezifischen psychosozialen Beratungs- und Antigewaltarbeit.

Kontakt:

Broken Rainbow Geschäftsstelle c/o Büro Seehausen & Sandberg, Merseburger Straße 5 in 10823 Berlin, Telefon: 030/78 00 63 31, Fax: 030/78 71 17 53, Email: geschaeftsstelle@broken-rainbow.de, Internet: www.broken-rainbow.de

CSD-Parade 2007

♦ Am 23. Juni zieht die diesjährige Parade zum Christopher Street Day durch die Berliner City: Seit Jahren krankt sie an Kommerzialisierung und unglücklicher Mottowahl, aber vor allem an männlicher Überpräsenz. Im Gegenzug wurde der „Lesbenblock“ immer kleiner und verschwand schließlich ganz. Für den CSD 2007 startet ein projekt- und CSD erfahrener Freundinnenkreis nun einen neuen Versuch: „Wir wollen einen lesbischen Regenbogen präsentieren und suchen dazu Gruppen, Projekte, Freundinnenkreise, Vereine, Wohngemeinschaften, die Lust haben, jeweils eine Farbe des Regenbogens zu gestalten.“ Interessentinnen melden sich bei der Koordinationsgruppe unter Email: lesbenblock2007@muss-ja.com (Internet: www.muss-ja.com/lesben-block2007).

Frauen profitieren vom Mindestlohn

♦ „Ein Drittel aller vollzeitbeschäftigten Frauen arbeitet im Niedriglohnsektor. Jede Politik für den Niedriglohn betrifft vor allem Frauen. Im Guten wie im Schlechten“, erklärte die Ver.di-Arbeitsmarktexpertin Dr. Gabriele Sterkel in einem Interview mit dem „zweiwochendienst“ über die Auswirkungen eines Kombi- oder Mindestlohns auf Frauen. Viereinhalb Millionen Beschäftigte würden von einem Mindestlohn profitieren, zwei Drittel davon sind Frauen. Die Erfahrungen anderer europäischer Länder mit dem Mindestlohn hätten gezeigt, dass die oft beschworene Vernichtung von Arbeitsplätzen nicht eintrete. Dagegen würde ein Kombilohn kaum die eigenständige Existenzsicherung von Frauen voranbringen. Statt dessen würden sie in eine Abhängigkeit vom Staat getrieben werden, der Löhne subventionierte, die nicht zum Leben reichen.

Als besonders problematisch prangerte Sterkel die Argumentation an, dass Niedriglohnbezieherinnen im Haushaltskontext nicht wirklich arm seien. Maßstab müsse ein menschenwürdiger Lohn sein, und nicht die Frage, ob eine Friseurin oder Arzthelferin allein-erziehend ist oder einen gut verdienenden Arzt zum Gatten hat, so Sterkel.

Die Debatte über Kombilohn versus Mindestlohn erhitzt nach wie vor die Gemüter in der Großen Koalition: Während die Union auf den Kombilohn setzt, um gering Qualifizierte in Lohn und Brot zu bringen, will die SPD einen Mindestlohn einführen.

Politik für alle Familien

♦ Mit einem Appell, der am 15. Mai zum Internationalen Tag der Familie an Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen überreicht wurde, haben sich 16 Verbände, darunter der Deutsche Frauenrat, an die Bundesregierung gewandt. Sie warben anlässlich der Tagung der europäischen Familienministerinnen und -minister für gute Lebensbedingungen und Perspektiven für alle Familien. Es gehe um weit mehr als den dringend notwendigen Krippenausbau. Die Familien- und Wohlfahrtsverbände sowie Gewerkschaften befürchten, dass ein mögliches Familiensplitting Geld zugunsten einiger weniger Familien verschleudere, während andererseits über zwei Millionen Kinder und Jugendliche in Armut leben. Für sie sei eine echte Existenzsicherung genauso wichtig wie der Ausbau guter Bildungsmöglichkeiten. Das Kindergeld dürfe nicht als „Verschiebemasse“ für den Krippenausbau missbraucht werden. Die Organisationen for-

dernten außerdem einen Rechtsanspruch auf frühkindliche Bildung von Geburt an. „Dass in Westdeutschland ein deutlicher Ausbau von Bildungs-, Erziehungs- und Betreuungsangeboten für Kinder unter drei Jahren nötig ist, mag in ideologischen Refugien noch bestritten werden. Fachlich ist dies seit Jahren Konsens“, heißt es in dem Papier. Der Vergleich mit den europäischen Nachbarn zeige, dass hierzulande Systeme teils unterfinanziert sind, wie zum Beispiel die Bildung, teils falsch justiert wie das Ehegattensplitting und teils nicht flankiert wie das Problem „Armuts-löhne“. Die Organisationen forderten ein „stimmiges Konzept von Bund, Ländern, Kommunen und Sozialkassen, das soziale Dienste und Bildungsangebote für Familien stärkt, das Familien von Bildungsausgaben entlastet, das Armutslöhne verhindert und das den Unterhalt von Kindern sichert, ohne dass sozialer Abstieg und Armut drohen.“

Brandenburg: Genderprojekte im Netz

♦ Einen verstärkten Einsatz für mehr Geschlechtergerechtigkeit in allen Bereichen hat Brandenburgs Arbeitsministerin Dagmar Ziegler (SPD) Mitte Mai gefordert. Zum Ausklang der „Europawoche“ startete sie in Potsdam auf der Homepage des Europäischen Sozialfonds (ESF) einen landesweiten Erfahrungsaustausch für Projekte, die sich für die Chancengleichheit zwischen Frauen und Männern engagieren. „Ich habe in Brandenburg viele gute Initiativen und Projekte kennengelernt, die die Gleichstellung von Frauen und Männern und von Mädchen und Jungen voranbringen - ob im Arbeitsleben, bei der Berufsorientierung oder in der Aus- und Weiterbildung“, betonte Ziegler. „Von diesem Erfahrungsschatz müssen mehr Menschen profitieren, denn erfolgreiche Ideen aus der Ucker-

mark können auch in der Lausitz umgesetzt werden“, meinte sie. Das Europäische Jahr der Chancengleichheit 2007 sei ein guter Zeitpunkt, um diese „Schätze“ zu heben.

Unter dem Stichwort „Gender-Projekte-Treff“ auf der Website www.esf.brandenburg.de ermöglicht eine Plattform den Erfahrungsaustausch und die Präsentation von Projekten. Unternehmen und Projektträger sollen motiviert werden, zum Beispiel über ihre Aktivitäten zu Fragen der Vereinbarkeit von Beruf und Familie oder der Förderung von Frauen in Führungspositionen zu berichten. Ministerin Ziegler rief zur regen Teilnahme auf: „Geben Sie Ihr Know-how an andere weiter und nutzen Sie auch die Chance zur Eigenwerbung.“ Im November soll die Aktion ausgewertet werden.

**Ihre
Durchwahl zum
LandesFrauenRat
030/7857010**

Sexismus in der Werbung

♦ Sexismus ist nach wie vor der häufigste Grund für Beschwerden beim Deutschen Werberat. Das geht aus der Jahresbilanz 2006 der Selbstkontrollinstanz der Werbewirtschaft hervor. Danach behandelte der Werberat 341 kritisierte Werbeaktivitäten, 86 davon, also etwa ein Viertel, betrafen frauenfeindliche Werbung. Nach eingehender Prüfung der kritisierten Spots und Plakate mahnte das Kontrollgremium 63 Unternehmen ab. Bis auf zwei zogen diese daraufhin ihre Werbung zurück. Die uneinsichtigen Firmen erhielten eine öffentliche Rüge: Dabei handelt es sich zum einen um den Funknetzanbieter klarmobil GmbH, der in einer Zeitungsanzeige mit dem nackten Oberkörper einer Frau und dem Text „Lust auf ‚ne billige Nummer? Kannste auch Deine alte mitbringen“ warb. Das Unternehmen hatte bereits 2005 für einen TV-Spot eine Rüge erhalten. Die zweite Rüge erhielt die KS Autoglas GmbH, die auf ihrem Kleintransporter einen halbnackten Frauenpo zeigt. Ein Pfeil weist auf ein Muttermal auf dem Gesäß mit dem Hinweis „Steinschlagreparatur“ sowie „Solche Flecken auf Ihrer Windschutzscheibe reparieren wir kostenlos“. Nach der öffentlichen Rüge erklärte der Betrieb, er plane nun eine neue Werbung, die Männer und Frauen gleichermaßen ansprechen soll. Die Anzahl der Beschwerden beim Deutschen Werberat ist im Jahr 2006 um rund 40 Prozent auf 1.116 gestiegen (2005: 788). Doch allein 490 Proteste entfielen auf die Anzeigenkampagne einer Rundfunkzeitschrift. Betroffen von der Beschwerdemenge waren weniger Werbekampagnen: Standen im Jahr 2005 noch 403 Sujets von Firmen im Fokus der Kritik, waren es 2006 nur noch 341. Frauenfeindliche und sexistische Werbung ist stets der Schwerpunkt der Beschwerden. Jedoch hat sich der rückläufige Trend dieses Beschwerdemotivs auch 2006

fortgesetzt – wenn auch verhalten: Im vergangenen Jahr betraf die kritisierte Diskriminierung von Frauen noch 86 Werbeaktivitäten, 2005 waren es noch 89 gewesen. Allerdings wies der Werberat zahlreiche Beschwerden zurück: „Teilweise wurden individuelle Vorurteile in die kritisierten Werbemaßnahmen hineininterpretiert“, so das Gremium. Nicht jede Abbildung von weitgehend unbekleideten Frauen oder die optische Betonung weiblicher Körperteile sei als herabwürdigend einzustufen. So beurteilte der Werberat das Motiv einer Frau in Slip und BH im Zusammenhang mit der beworbenen Unterwäsche als gerechtfertigt. In einer liberalen Gesellschaft verstoße eine solche bildliche oder textliche Werbeform nicht gegen das aktuelle sittliche Empfinden, heißt es. Macht ein Werbesujet aber die angebliche sexuelle Verfügbarkeit von Frauen zum Thema, tadelt das Gremium solche Darstellung. So kritisiert der Werberat wie auch zahlreiche Beschwerden die Plakataktion eines Mobilfunkanbieters, der seine Preise mit dem Slogan „Noch billiger zu haben als Frau Schmidt aus der Buchhaltung“ beworben hatte. Nach der Kritik des Werberats nahm das Unternehmen das Plakat vom Markt.

Beschwerdestelle

Beim Deutschen Werberat, der Konfliktregelungsstelle zwischen werbenden Firmen und Umworbenen, kann sich jede und jeder beschweren. Entsprechend vielfältig sind die Motive und Inhalte der kritischen Eingaben an diese Instanz der Selbstkontrolle von 42 Verbänden der Werbewirtschaft – Diskriminierung von Frauen, Verletzung religiöser Gefühle, leichtfertiger Umgang mit Gewaltdarstellungen oder mangelnder Schutz von Kindern sind häufig die Motive der Bürgerinnen und Bürger für ihre Kritik.

(sbr)

Gemeinnützigkeitsreform im Bundestag

♦ Bei der ersten Lesung des Gesetzes zur Reform des Gemeinnützigkeitsrechts haben die Rednerinnen und Redner der Großen Koalition das Vorhaben begrüßt. Die Reform werde die Rahmenbedingungen des bürgerschaftlichen Engagements stärken, hieß es. Die FDP hat der Regierungskoalition dagegen eine starke Orientierung an staatlicher Definitionsgewalt gegenüber zivilgesellschaftlichen Akteuren vorgeworfen. Der Entwurf sei geprägt von kleinen Schritten. Die Grünen bezeichneten ihn als „ganz vernünftige Vorlage“, die allerdings verbessert werden müsse. Die Linksfraktion lehnte den Entwurf ab.

Auch Verbände wie zum Beispiel das katholische „Kolpingwerk“ in Köln hatten im Vorfeld Kritik geübt, der Entwurf ginge nicht weit genug. Der „Deutsche Verein“ und der „Deutsche Kulturrat“ hatten den Entwurf begrüßt, aber auch Verbesserungsvorschläge vorgelegt. In Verbindung mit der Reform des Gemeinnützigkeitsrechts sollen auch Zuwendungen zum Grundstockvermögen von gemeinnützigen Stiftungen stärker von der Steuer begünstigt werden. Hier soll eine Erhöhung von derzeit 307.000 Euro auf 1.000.000 Euro beschlossen werden, erklärte Bundesfinanzminister Peer Steinbrück (SPD) beim Deutschen Stiftungstag des Bundesverbandes Deutscher Stiftungen. Bisher war eine Erhöhung auf 750.000 Euro vorgesehen.

Nächster Schritt im Gesetzgebungsverfahren ist eine Anhörung im Finanzausschuss des Bundestages Mitte Juni. Die zweite und dritte Lesung der Reform sind noch für den Juni geplant.

Der Regierungsentwurf zur Reform des Gemeinnützigkeitsrechts ist auf der Website www.bundesfinanzministerium.de zu finden.

— — — — —

Opfer von Heiratsverschleppung im Stich gelassen

Terre des Femmes und DF zum Zuwanderungsänderungsgesetz

♦ Trotz massiver Kritik von Terre des Femmes und des Deutschen Frauenrats lehnt die Bundesregierung zentrale Änderungsvorschläge von Menschenrechtsorganisationen zum Zuwanderungsänderungsgesetz ab. Unter dem Deckmantel „Schutz vor Zwangsheirat“ plant die Bundesregierung neue Hürden für Zuwanderung durchzusetzen. Wirksame Maßnahmen, um den Betroffenen zu helfen oder sie zu schützen, sind in dem Gesetzentwurf nicht enthalten. So wurden keinerlei aufenthaltsrechtliche Verbesserungen - wie eine Erweiterung des Rückkehrrechtes für die Betroffenen von Heiratsverschleppung - umgesetzt.

Christa Stolle, Geschäftsführerin von Terre des Femmes, wehrt sich gegen diesen Etikettenschwindel und stellt klar: „Wenn es Herrn Schäuble wirklich um die Betroffenen von Zwangsheirat gegangen wäre, hätte er sich für eine einfachere Rückkehrregelung bei Heiratsverschleppung eingesetzt, doch davon kein Wort.“ Von Heiratsverschleppung sind junge Mädchen und Frauen betroffen, die in Deutschland aufgewachsen sind. Aber selbst eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis erlischt gemäß § 51 Abs.1 Nr. 7 AufenthG nach sechs Monaten Aufenthalt im Ausland. Die Erfahrungen von Terre des Femmes zeigen, dass die Betroffenen häufig mehr Zeit brauchen, um sich von ihrem Peiniger zu befreien und ihre Rückreise zu organisieren. Christa Stolle dazu: „Ist die Frist erst verstrichen, gelten sehr strenge Regeln! Diese gut integrierten Mädchen können beispielsweise nur wieder nach Deutschland einreisen, wenn ihr Lebensunterhalt gesichert ist. Die Eltern fallen jedoch als finanzielle Unterstützer aus, denn sie haben die Zwangsheirat meist eingefädelt und wollen in der Regel eine Rückkehr des Mädchens verhindern.“ DF-Geschäftsführerin Hen-

ny Engels kritisiert ebenfalls die Beratungsresistenz der Bundesregierung: „Diesen Mädchen wird ihre Heimat genommen, denn sie sind in Deutschland aufgewachsen und hier zu Hause; zudem sind dann in den meisten Fällen

EU-Opferschutzrichtlinie vollständig umsetzen

♦ Die Änderungsvorschläge zum Zuwanderungsgesetz erfüllen nicht die Vorgaben der Opferschutzrichtlinie 2004/81/EG, die einen verbesserten Umgang mit Opfern des Menschenhandels vorschreibt, kritisieren der Bundesweite Koordinierungskreis gegen Frauenhandel und Gewalt an Frauen im Migrationsprozess e.V. (KOK) und der Deutsche Frauenrat in einer gemeinsamen Erklärung. Barbara Eritt, KOK-Vorstandsmitglied: „Viele Hilfsorganisationen wünschen sich gesetzliche Verbesserungen im Hinblick auf einen effektiven Schutz und angemessenen Umgang mit Opfern des Menschenhandels. In vielen Bundesländern wird unsere Arbeit erheblich durch die bestehenden Gesetze erschwert.“ Die Bundesrepublik ist durch die Opferschutzrichtlinie verpflichtet, die speziellen medizinischen Bedürfnisse, einschließlich psychologischer Hilfe, von betroffenen Personen zu beachten. So war im ersten Referentenentwurf der Bundesregierung die Einfügung eines speziellen § 6 Absatz 3 im Asylbewerberleistungsgesetz vorgesehen. Dieser Absatz sah ausdrücklich einen Anspruch auf die in der Richtlinie geforderten Leistungen vor. Im derzeitigen Gesetzentwurf wurde diese dringend notwendige Regelung ersatzlos gestrichen. Der ursprünglich vorgesehene Absatz müsse wieder eingefügt werden, so DF und KOK.

auch alle Chancen für ein selbstbestimmtes Leben dahin.“

Im Besonderen beim Ehegattennachzug sollen nach Wunsch der Bundesregierung weitere Hürden eingebaut werden: Nachziehende EhegattInnen aus bestimmten Ländern müssen in Zukunft Deutschkenntnisse vor der Einreise nach Deutschland vorweisen. Nachziehende EhegattInnen aus Ländern wie den USA, Australien oder Japan sind davon ausgenommen. Henny Engels kritisiert: „Mit dieser neuen Regelung werden Vorurteile geschürt. Offenkundig ist bei einigen ZuwandererInnen eine Integration aus Sicht der Regierung nicht notwendig, bei anderen aber wird sie unabdingbar gefordert. Zudem ist nicht jede binationale Ehe eine Zwangsheirat. Das Gesetz vermittelt den Eindruck, dass es das zentrale Ziel der Regierung ist, bestimmten Nationalitäten eine Einreise nach Deutschland zu erschweren, nicht aber deren Integration zu verbessern.“ Und Christa Stolle ergänzt: „Die Bundesregierung behauptet, mit dieser Vorschrift Frauen vor Zwangsheiraten schützen zu wollen. Die Grundvoraussetzung für den Ehegattennachzug ist aber eine bereits erfolgte Eheschließung. Die Vorschrift bietet somit keinen Schutz vor einer Zwangsheirat.“ Eine effektivere Hilfsmaßnahme für nachziehende Frauen sieht sie jedoch in den Integrationskursen in Deutschland. „In den Kursen sollten Frauen über ihre Rechte aufgeklärt werden und direkt an lokale Beratungsstellen verwiesen werden.“ Doch Integrationskurse kosten Geld, und das scheint die Bundesregierung nicht in den Schutz der Frauen investieren zu wollen.“

Die Forderung nach Spracherwerb im Heimatland vor dem Zuzug nach Deutschland lehnen beide Verbände als unbillige Härte und unzumutbar ab.

Dokumentation

Klaus Wowereit zum 50. Todestag von Louise Schroeder

♦ **Das Presse- und Informationsamt des Landes Berlin teilt mit: Rede des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Klaus Wowereit, auf der Gedenkfeier aus Anlass des 50. Todestages von Louise Schroeder am 4. Juni 2007 im Berliner Rathaus:**

Dass Frauen die Welt regieren, darf allenfalls der Schlager behaupten. Die Realität sieht anders aus. Aber: Es gibt Bewegung. Zwar sind die Vorstandsetagen der Konzerne immer noch fest in Männerhand. Aber in vielen anderen Bereichen bewegt sich etwas: Die Zahl der Frauen in Führungspositionen nimmt allmählich zu und immerhin gibt es 86 Jahre nach Einführung des aktiven und passiven Frauenwahlrechts in Deutschland eine Kanzlerin. Zwei Bundestagspräsidentinnen und eine Ministerpräsidentin hat es schon gegeben. Seit 1998, der ersten Regierung Schröder, gibt es deutlich mehr Ministerinnen im Bundeskabinett.

Halten wir also fest: Frauen stellen zwar in der Bevölkerung die Mehrheit. An den Schalthebeln sind sie immer noch in der Minderheit. Aber ich behaupte: Frauen sind mächtig im Kommen. Längst haben sie sich von den typischen Frauen-Themen Jugend, Familie, Gesundheit emanzipiert und sind in Männerdomänen vorgezogen.

Noch regieren Frauen nicht die Welt. Aber wir Männer sind ja lernfähig. Das wird vielleicht nicht jede Frau bestätigen wollen. Dann empfehle ich, einmal einen Blick auf die Parlamentarierinnen der ersten Stunde zu werfen. Damals

– in der ersten deutschen Demokratie – galt ohne Wenn und Aber: „Männer machen Geschichte“. Und die Frauen wurden von den männlichen Alpha-Tieren offen diskriminiert. „Weiberkram“ und „Bagatellen“, so titulierte man die sozialpolitische Kärnerarbeit der weiblichen Abgeordneten. Die Mitglieder des sozialpolitischen Ausschusses des Reichstages wurden als „Klageweiber“ beschimpft.

Diese Erfahrungen musste auch Louise Schroeder machen, die zu den gewählten Volksvertreterinnen der ersten Stunde gehört. Sie war 1919 in die Nationalversammlung gewählt worden und gehörte bis 1933 ohne Unterbrechung dem Reichstag an. Überdies war sie eine gestandene Kommunal- und Sozialpolitikerin. Sie war Stadtverordnete in Altona, Leiterin des dortigen Pflegeamtes, Vorsitzende des Ausschusses für Arbeiterwohlfahrt in Schleswig Holstein und Dozentin für Sozialpolitik an der Hochschule für Politik in Berlin und später an der Berliner Arbeiterwohlfahrtsschule.

Volksvertreterin, Sozialpolitikerin, Hochschullehrerin: So etwas nennt man breit aufgestellt. Und schon in jener Zeit fällt auf, dass Louise Schroeder Politik stets als Mittel verstand, um drängende soziale Probleme zu lösen. Heute würde man sagen: Sie machte Politik für die Menschen. Und was die Menschen bewegte, das wusste sie sehr genau.

So konnte sich Louise Schroeder immer mehr Respekt bei ihren männlichen Kollegen erwerben.

Ihre große Zeit aber kam erst in den ersten Nachkriegsjahren, da

war sie schon 58 und gesundheitlich stark angeschlagen.

Berlin und Deutschland in der Stunde Null: Viele Männer waren im Krieg gefallen, vermisst oder in Gefangenschaft geraten.

Die Frauen waren in der Mehrheit, aber nicht an der Macht. Die ersten drei Kabinette Adenauer: nur Männer. Erst im November 1961, zwölf Jahre nach Gründung der Bundesrepublik (!), kam mit der CDU-Politikerin Elisabeth Schwarzhaupt die erste Frau in ein Minister-Amt. In den Ländern sah es kaum anders aus, und auch die DDR empfahl sich in dieser Hinsicht nicht als das bessere Deutschland.

Berlin aber – genauer West-Berlin – hatte es besser. West-Berlin hatte Louise Schroeder.

Und West-Berlin brauchte Louise Schroeder. Sie war ein politischer Vollprofi, dem selbst ein Ernst Reuter, in dessen Schatten sie stand, an politischer Erfahrung nicht das Wasser reichen konnte.

Und Louise Schroeder war beliebt. Die prominenteste deutsche Frau: 1951 nannten zwei Drittel der Bundesbürger ihren Namen.

Wenn man sie auf Bildern betrachtet, dann ist da eine ältere Frau mit feinen, lebhaften Gesichtszügen, die Intelligenz, Menschlichkeit, Energie und eine natürliche Bescheidenheit ausdrücken. Was man ahnt: Louise Schroeder war eine große, leidenschaftliche Kämpferin – für Demokratie, soziale Gerechtigkeit und die Rechte von Frauen.

weiter auf Seite 14

weiter von Seite 13

Das merkte man besonders dann, wenn sie sprach. Louise Schroeder war eine große Rednerin. Wir werden das nachher erleben, wenn wir hören, wie sie am 12. Mai 1949, an dem die Blockade Berlins endete, vor dem Rathaus Schöneberg sprach. Eigentlich war das der Auftritt der großen Männer von Konrad Adenauer bis Carlo Schmid. Die Versammlung war bereits beendet, da waren aus der Menge „Louise!, Louise!“-Sprechchöre zu hören. Und Louise Schroeder trat ans Mikrofon.

Über die zurückliegenden Monate der Blockade sagte sie: „Manchmal hat mein Herz gezittert.“ Ihre Stimme zittert dabei gar nicht, sie ist klar und fest. Und doch weiß jeder in der Menge, was gemeint war. Louise Schroeder, damals amtierende Oberbürgermeisterin, war während der Blockade schwer erkrankt und musste sich schweren Herzens dreieinhalb Monate lang von Berlin verabschieden. Sie hatte darunter gelitten, ihre Berlinerinnen und Berlin in den Zeiten schwerster Prüfungen allein lassen zu müssen.

Nun stellte sie stolz und erleichtert fest: Die Menschen in der Stadt hatten diese Prüfung bestanden.

Und noch etwas fällt an dieser Rede auf. Achten Sie nachher darauf: Louise Schroeder spricht die Menge mit „Meine Freundinnen“ an. Da waren nicht nur Frauen vor dem Rathaus Schöneberg. Aber die Frauen – und nur die Frauen! – sprach sie direkt an, wenn es um den Wiederaufbau Berlins ging. Denn sie wusste nur zu gut, in wessen Händen Berlins Zukunft lag.

Später sagte ihr Förderer und Amtsnachfolger Otto Suhr: „Es ist sicherlich kein Zufall und scheint mir von symbolischer Bedeutung, dass in diesen schweren ersten Nachkriegsjahren gerade eine Frau die Geschicke Berlins leitete.

Denn der Leistung der Frauen von Berlin ... ist es in überragendem Maße zu danken, dass Berlin die Zeit ertragen und überwinden konnte.“

Was Louise Schroeder in jener Zeit in und für Berlin leistete, welchen schweren inneren und äußeren Herausforderungen sie dabei ausgesetzt war, wirkt heute geradezu übermenschlich:

- Sie war Vorsitzende der Arbeiterwohlfahrt.
- Sie war eine Schlüsselfigur der Berliner Sozialdemokratie,
- sie gehörte dem Parteivorstand an
- und wurde im Dezember 1946 Bürgermeisterin und 3. Stellvertreterin des Oberbürgermeisters Otto Ostrowski.
- Sie wurde 1947 amtierende Oberbürgermeisterin, weil die Alliierten die Wahl Ernst Reuters zum Oberbürgermeister nicht bestätigen wollten.
- Sie war Präsidentin des Deutschen Städtetages, Mitgründerin der Freien Universität, Mitglied der Stadtverordnetenversammlung, später des Abgeordnetenhauses von Berlin sowie des Deutschen Bundestages.

In dieser Häufung der Ämter spiegelt sich ein enormes Verantwortungsgefühl. Louise Schroeder wusste, was sie sich zumutete, Machtgelüste waren ihr fremd.

Von Anfang an verfolgte sie zwei Ziele mit großem Nachdruck:

- Die unverändert kritische Lage der Menschen zu verbessern
- und die Einheit Berlins zu wahren.

Dass sich beide Ziele damals nicht gleichzeitig realisieren ließen, gehört zur Tragik der Nachkriegsgeschichte Berlins, aber auch des Wirkens Louise Schroeders.

Schon auf den ersten Tagungen der Ministerpräsidenten-Konferenz zeigten sich deutliche Risse zwischen den west- und den ostzo-

naln Ländern. Zwar erreichte Louise Schroeder, dass Berlin offiziell zum Notstandsgebiet erklärt wurde. Aber in Bezug auf die Einheit Berlins agierte sie glücklos.

Als im Frühjahr 1948 die Währungsreform anstand, die die Spaltung vertiefen würde, appellierte Louise Schroeder vor dem Deutschen Städtetag: „Sorgen Sie dafür, dass die Reform uns nicht noch mehr trennt, als es schon heute der Fall ist. Das ist nicht nur eine Sorge für Berlin, sondern für ganz Deutschland.“

Einerseits grenzte sie sich entschieden von den Vereinnahmungsversuchen der SED und der Sowjets ab. Sie widerstand allen Drohungen. Andererseits fiel es ihr schwer, sich an die Seite der West-Alliierten zu stellen, wenn dadurch die Einheit Berlins in Gefahr geriete.

Aber genau darin lag ein Dilemma: Die Spaltung Berlins war längst im Gange. Und West-Berlins Freiheit und Unverletzlichkeit war nur an der Seite der westlichen Alliierten zu erhalten. Dieses Dilemma vermochte Louise Schroeder nicht aufzulösen. Im Sommer 1948 drängten die Westalliierten darauf, einen westdeutschen Teilstaat zu gründen. Die Ministerpräsidenten sollten eine westdeutsche Verfassung vorbereiten. Die SPD war gespalten. Louise Schroeder gehörte zusammen mit Carlo Schmid und auch Kurt Schumacher zu einer Minderheit, die diesen Plänen skeptisch gegenüber stand.

Auf der Konferenz der Ministerpräsidenten im Juli 1948 im Koblenzer Hotel „Rittersturz“ beschwor sie ihre Kollegen, „den provisorischen Charakter des neuen Gebildes so stark zu betonen, dass dadurch die Tür für einen späteren Kompromiss mit dem Osten offen bliebe.“

weiter auf Seite 15



weiter von Seite 14

General Clay war sehr verärgert. Und es war Ernst Reuter, der heimliche Berliner Oberbürgermeister, der die Wogen wieder glättete – ohne Louise Schroeder zu kompromittieren. Schließlich war Blockade. Und nichts konnte Berlin weniger brauchen als verstimmte Alliierte.

Hier zeigt sich, wie prekär Louise Schroeders Position war. In Berlin bestimmte Ernst Reuter den Kurs, nach außen aber musste sie oft eigenständig auftreten. Sie wissen: Ernst Reuter war ja eigentlich von der Stadtverordnetenversammlung zum Oberbürgermeister gewählt worden. Ins Amt konnte er aber nur kommen, wenn die Siegermächte ihre Zustimmung gaben. Und da legten die Sowjets ihr Veto gegen Ernst Reuter ein. So wurde Louise Schroeder amtierende Oberbürgermeisterin, das Sagen hatte Ernst Reuter.

Ihre wahren Stärken entfaltete Louise Schroeder in der Fürsorge für die leidgeprüfte Bevölkerung West-Berlins. Auf ihrem Schreibtisch häuften sich Bittschriften und Hilfsgesuche. Louise Schroeder tat, was sie tun konnte, und gab den Verzweifelten neuen Mut. Da war sie auf dem Höhepunkt ihrer Popularität. Den Wahlkampf im Herbst 1948 bestritt die SPD mit der Spitzenkandidatin Louise Schroeder und dem Slogan: „Wer klug ist, der wählt diese – unsere Louise“.

Mit 64,5 Prozent errang die SPD einen ihrer größten Wahlsiege in Berlin. Und weil sich die West-Alliierten nicht mehr von den Sowjets auf der Nase herumtanzen ließen, konnte Ernst Reuter im Januar 1949 das Amt des Oberbürgermeisters endlich auch antreten. Er dankte Louise Schroeder mit den Worten: „Sie hat sich einen Platz im Herzen aller Berliner, gleich, welcher politischer Überzeugung sie sein mögen, erworben ...“

Wenige Wochen vor ihrem Tod wurde Louise Schroeder als erste Frau mit der Berliner Ehrenbürgerwürde ausgezeichnet. Sie nahm diese Auszeichnung mit den Worten entgegen, dass diese schweren Jahre ihre glücklichsten gewesen seien, denn das Schwere sei versunken und die Freude geblieben.

Heute vor 50 Jahren, am 4. Juni 1957, starb Louise Schroeder. Den Trauerzug durch Berlin säumten zehntausende Berlinerinnen und Berliner.

Seit Louise Schroeder haben zum Glück viele Frauen in der Berliner Politik Karriere gemacht und große Verdienste erworben – einige von ihnen sitzen auf dem Podium.

Bleibt aber doch die Frage, ob Frauen in der Politik nur Erfolg haben, wenn sie sich den Männern anpassen, oder ob es einen ganz eigenen weiblichen Stil in der Politik gibt? Und mit Blick auf Louise Schroeder wird man fragen dürfen, sind Frauen vielleicht sogar die besseren Politiker?

Das Berlin der Blockadezeit kannte keinen politischen Alltag. Die Stadt musste nicht einfach nur regiert, sie musste verteidigt werden. Das bedeutete für die Politikerinnen und Politiker eine Gratwanderung zwischen Kampfesmut und Konzilianz. Für die Zeitgenossen bestand kein Zweifel, dass Louise Schroeder diese Fähigkeit besaß – eben weil sie eine Frau war. Sie „war eben doch als Frau geboren und trat als echte Frau auf. Vielleicht liegt gerade hierin die Erklärung dafür, dass bei allem Schlimmen, das noch bevorstand, den freiheitlichen Kräften der Stadt das absolut Schlimmste erspart blieb, weil ihr oberster Repräsentant weiblichen Geschlechts war und durch die unverwechselbare Würde seines Auftretens sogar die Sowjets zu jenem Minimum an formellem Anstand ... nötigte, auf das ein Mann in gleicher Position wahr-

scheinlich nicht hätte rechnen können.“ So schrieb 1962 Klaus-Peter Schulz in seinem Buch „Berlin zwischen Freiheit und Diktatur“.

Ob Frauen bessere Krisenmanager sind? Die Frage gebe ich gerne an das Podium weiter.

Louise Schroeder hat in einzigartiger Weise sozialpolitische Verantwortung mit einem entschiedenen Eintreten für Frieden, Einheit und Freiheit verbunden – zum Wohle Berlins und der Berlinerinnen und Berliner.

Sie hat damit eine Beispiel gegeben, das uns auch heute Vorbild sein muss. Deshalb ehrt das Land Berlin seit 1998 Persönlichkeiten oder Einrichtungen, die in besonderer Weise Verdienste um Demokratie, Frieden, soziale Gerechtigkeit und die Gleichstellung von Frauen und Männern erworben haben, mit der Verleihung der Louise-Schroeder-Medaille.

Berlin hat Louise Schroeder viel zu verdanken. Ihr Andenken bleibt unvergessen.

Sex-Broschüre für junge Leute

♦ „Deine Sexualität – deine Rechte“ ist die neue Jugend-Broschüre des pro familia-Bundesverbandes überschrieben. Darin geht es um das Recht Jugendlicher, Sexualität zu leben, und zwar unabhängig von Herkunft, Religion und Hautfarbe. Jugendliche haben außerdem das Recht, über Verhütungsmittel informiert zu werden und sie zu nutzen. Zu den Rechten gehört aber auch, sowohl vertraulich beraten als auch medizinisch betreut sowie vor sexuell übertragbaren Krankheiten geschützt zu werden. Die Broschüre „Deine Sexualität – deine Rechte“ kann kostenlos beim pro familia-Bundesverband angefordert oder auf der Homepage www.profamilia.de heruntergeladen werden.

Neue Datenbank für Bußgeld-Fundraising

♦ Eine kostenfreie Datenbank für Bußgeld-Fundraising hat die V&M Service GmbH im Internet eröffnet: Nach Postleitzahlenbezirk geordnet befinden sich nach Angaben des Anbieters über 7.000 aktuell recherchierte personalisierte Adressen deutscher Richter und Staatsanwälte in der Datenbank. Nichtkommerzielle Organisationen können sich bei Gerichten in so genannte Bußgeldverteilerlisten eintragen lassen. Im Fall etwa einer Verfahrenseinstellung kann ein Bußgeld an eine bestimmte Organisation vereinbart werden und kann so zu einer zusätzlichen Einnahmequelle für Nichtregierungsorganisationen werden.

Infos unter www.bussgeld-fundraising.de im Internet.

Durchwahl zum LFR
030/7857010

„Familienpolitik Vorteile für alle“

♦ Eine erfolgreiche Familienpolitik hat positiven Einfluss auf die wirtschaftliche Entwicklung eines Landes und kann volks- und betriebswirtschaftliche Renditen in Milliardenhöhe hervorbringen. Das ist das Ergebnis einer Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW), die die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend Ursula von der Leyen und der EU-Kommissar für Unternehmen und Industrie Günter Verheugen im Mai in Berlin vorstellten. „Die Expertise belegt, dass wir Wachstum und Wohlstand in Deutschland auch mit einer klugen Familienpolitik steigern können“, so Bundesfamilienministerin von der Leyen. „Die Berechnungen bestätigen nachdrücklich die Richtigkeit des von uns eingeschlagenen Weges mit der Einführung des Elterngeldes und dem Ausbau der Kinderbetreuung. Kinder sind unsere Zukunft, deshalb müssen wir sicherstellen, dass sie von klein auf gefördert und hervorragend ausgebildet werden. Das sind Investitionen, die sich für alle lohnen: für die Familien, die Unternehmen und für die gesamte Gesellschaft.“ EU-Vizepräsident Günter Verheugen fügte hinzu: „Gesellschaften mit Kindern sind reich durch ihre Kinder und wegen ihrer Kinder. Kinder fordern uns heraus, sie zu verhindern, dass wir einrosten und die Fähigkeit verlieren, neue Herausforderungen solidarisch zu bewältigen. Deshalb begrüße ich die neue Dynamik für eine kinderfreundliche Gesellschaft, die in

Deutschland zu beobachten ist. Darauf hat Europa gewartet.“

Die im Auftrag des Bundesfamilienministeriums erstellte Modellrechnung des IW vergleicht künftige Wachstumschancen in Deutschland, der EU und den USA. Das Ergebnis: Eine nachhaltige Familienpolitik kann das wirtschaftliche Wachstum eines Landes um 0,5 Prozentpunkte pro Jahr anheben. Allein durch familienfreundliche Maßnahmen des Staates könnte sich eine jährliche Rendite in zweistelliger Milliardenhöhe ergeben. Verstärkte Initiativen von Unternehmen zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf könnten darüber hinaus bis 2020 eine zusätzliche volkswirtschaftliche Rendite im dreistelligen Milliardenbereich erbringen.

Als Bestandteile einer erfolgreichen Familienpolitik empfiehlt die Expertise eine Fortsetzung und Weiterentwicklung des Elterngeldes, den Ausbau der Kindertagesbetreuung, die Absetzbarkeit von Betreuungskosten, zusätzliche familienunterstützende Dienstleistungen, Verkürzung der Ausbildungszeiten sowie mehr Ganztagschulen.

Mit ihrem gemeinsamen Engagement wollen Bundesministerin von der Leyen und Kommissar Verheugen die europäische Konkurrenzfähigkeit stärken. Die auf Initiative der Bundesregierung neu eingerichtete Europäische Allianz für Familien soll als Plattform für Benchmarking, Monitoring und neue Wachstumsimpulse wirken.

Stiftungs-Boom hält an

♦ Ein neues regelmäßiges Studienformat bietet der Bundesverband Deutscher Stiftungen mit dem erstmals erschienenen Stiftungsreport an. Eines der Ergebnisse: 7.200 der derzeit 14.400 Stiftungen wurden in den vergangenen zehn Jahren gegründet. Schwerpunktthema der ersten

Ausgabe sind Bürgerstiftungen. Gefördert wurde der Report vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und der Körber-Stiftung.

Weitere Infos finden Interessierte unter www.stiftungen.org im Internet.



Aidsprävention: G8-Staaten sind in der Pflicht

von Mechthild Rawert, MdB

♦ „Es müssen mehr Gelder zum Kampf gegen HIV und Aids zur Verfügung gestellt werden“ lautete der eindringliche Appell an den G8-Gipfel vom 6. bis 8. Juni in Heiligendamm. Obgleich sich die Staatschefs bereits 2005 in Gleneagles verpflichtet haben, bis 2010 einen universellen Zugang zur HIV-Prävention sowie zur Behandlung und Pflege aller Aidskranken zu gewährleisten, besteht eine riesige Finanzierungslücke: Allein in den Entwicklungsländern werden mehr als fünf Millionen Aidskranke nicht behandelt, 3,9 Milliarden Dollar sind allein notwendig, um den steigenden Bedarf an Verhütungsmitteln weltweit zu decken, zusätzliche Hilfsleistungen im Bereich der Familienplanung und der reproduktiven Gesundheit könnten jährlich 1,5 Millionen Frauen und Kindern das Leben retten.

Internationale Konferenz

Um der Forderung nach einer nachhaltigen Gesundheitsprävention und Gesundheitsversorgung sowie dem Kampf gegen Aids Nachdruck zu verleihen, haben sich auf Einladung des Parlamentarischen Beirats der Deutschen Stiftung Weltbevölkerung, des Europäischen ParlamentarierInnen-Forums für Bevölkerung und Entwicklung und der Deutschen Stiftung Weltbevölkerung (DSW) Ende Mai über 150 Parlamentarierinnen und Parlamentarier aus afrikanischen, europäischen und G8-Staaten sowie internationale Expertinnen und Experten im Deutschen Bundestag zu einer Konferenz getroffen. Das Abschlussdokument an die Staats- und Regierungschefs der G8-Staaten hat Bundeskanzlerin Angela Merkel im Vorfeld des G8-Gipfels erhalten.

Die Zukunft der Länder vor allem im südlichen Teil des afrikanischen Kontinents liegt bei den

Frauen und der Jugend. Einmütig fordern wir, dass Frauen und Mädchen in den Programmen der Gesundheitsprävention und -versorgung bevorzugt werden. Angesichts mangelnder Entscheidungsmacht in fast allen Lebensbereichen, sexueller Gewalt sowie der biologisch bedingten höheren Gefährdung von Frauen an HIV und Aids zu erkranken - die Gefahr ist für Mädchen und junge Frauen am höchsten -, ist die Aids-Prävention in einen umfassenderen Programmrahmen zu integrieren, die sexuelle Aufklärung, Familienplanung und Gesundheitsprävention und verhaltensändernde Maßnahmen umfassen.

Kein Geld für Verhütung

Das Empowering von Frauen, die Stärkung ihrer Bildungs- und Arbeitsmarktchancen, der bevorzugte Erhalt von Mikrokrediten zum Aufbau einer Selbstständigkeit, ihre stärkere Einbeziehung in alle gesellschaftspolitischen Entscheidungsprozesse sind der zentrale Schlüssel für das wirtschaftliche, soziale und politische Überleben dieser Nationen. Von den afrikanischen Regierungen werden Gesetze gefordert, die der Stärkung der sexuellen und reproduktiven Gesundheit und der Selbstbestimmung und Gleichstellung der Frauen dienen.

Fast die Hälfte der HIV-Infizierten sind weiblich, im südlichen Afrika bereits 60 Prozent. Die in Afrika häufig noch vorherrschende patriarchalische Gesellschaftsstruktur sowie mangelnde sexuelle und gesundheitliche Aufklärung führen dazu, dass beim Geschlechtsverkehr oft kein Kondom verwendet wird, Männer sich dem häufig verweigern. Allerdings scheitert diese Präventionsform auch daran, dass Kondome kaum zur Verfügung stehen - aus Hilfgeldern erhält derzeit ein Mann sechs Kondome pro Jahr.

Angesichts von über 5 Millionen heterosexuell Neuinfizierten pro Jahr ist die Suche nach wirksamen Methoden zur Prävention von Übertragungen von HIV und anderen sexuell übertragbaren Krankheiten zu intensivieren. Dringend benötigt werden alternative Verhütungsmittel, die stärker speziell auf Frauen zugeschnitten sind, damit diese die Anwendung selber kontrollieren und sich unabhängig vom Mann schützen können.

Länger Leben durch Forschung

Hierzu gehören Femidome, aber auch die Entwicklung und Produktion von Impfstoffen oder Mikrobiziden. Mikrobizide sind chemische Substanzen, die über die Vagina eintretende Viren abtöten und somit vor einer Ansteckung bewahren.

Die Erforschung und Produktion von Mikrobiziden muss darum unbedingt durch zusätzliche finanzielle Mittel gefördert und wesentlicher Bestandteil der Präventionsstrategie werden. Bereits innerhalb von drei Jahren kann ein zu 60 Prozent wirksames Mikrobizid 2,5 Millionen Ansteckungen verhindern. Sehr erfreulich ist die Zusage der Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Heidemarie Wiecek-Zeul (SPD), noch für 2007 rund eine Million Euro für die Entwicklung von Mikrobiziden zur Verfügung zu stellen.

Die SPD-Bundestagsabgeordnete Mechthild Rawert gehört dem Ausschuss für Gesundheit an und ist unter anderem Mitglied des Parlamentarischen Beirats der Deutschen Stiftung Weltbevölkerung und als solche Mitorganisatorin der ParlamentarierInnenkonferenz „Economic Rewards of Investing in HIV/Aids Prevention and Health“.

Ohne Frauen keine Entwicklung

♦ Der Deutsche Frauenring e.V. (DFR) begrüßt, dass sich der G8-Gipfel in Heiligendamm unter deutscher Leitung schwerpunktmäßig mit Afrika beschäftigt und dabei die in Gleneages im Juli 2005 gesetzten Ziele fortschreiben will. In Deutschland verfolgt der DFR als gemeinnützige überparteiliche und überkonfessionelle Frauenorganisation bundesweit gesellschaftspolitische Ziele. Der Frauenring arbeitet jedoch auch international, wobei die Betonung auf der Stärkung der Frauenrechte liegt, auf der Grundlage der UNO Frauenkonferenz CEDAW, des Aktionsplans von Kairo und der Aktionsplattform von Peking. Seit 30 Jahren arbeitet der Deutsche Frauenring mit Afrikanerinnen zusammen und fördert deren vorrangige Anliegen. Er ist aktiv in Westafrika (Togo und Burkina Faso), finanziert ganz oder teilweise Projekte in den Bereichen Ausbildung und Alphabetisierung vornehmlich für Mädchen und Frauen (Jugendausbildungszentrum in Atigba/Togo, das Studentinnen-Wohnheim Foyer Brigitte Pross und ein Ausbildungszentrum in Quaga/Burkina Faso) wie Projekte zur besseren Aufklärung und Entwicklung im Gesundheitswesen (Dispensaire in Atigba und Projekt gegen Genitalverstümmelung in Burkina Faso). Der DFR arbeitet mit Engagement an den grass roots mit persönlichen Kontakten.

Im Vorfeld des Gipfels in Heiligendamm forderte der Frauenring

Bundeskanzlerin Merkel dazu auf, sich in Heiligendamm verstärkt für eine partnerschaftliche Politik mit den afrikanischen Ländern einzusetzen und Sorge zu tragen, dass Zusagen eingehalten werden und die Verbindlichkeit von internationalen Entwicklungszielen deutlich gemacht wird. „Die Afrikanischen Länder brauchen in besonderem Maß Unterstützung zur Erreichung der Millennium-Entwicklungsziele, sei es zur Bekämpfung von extremer Armut und Hunger, für eine gute Grundschulbildung für alle, zur Senkung der Mütter- und Kindersterblichkeit und im Kampf gegen HIV/Aids, Malaria und andere Krankheiten“, erklärte der DFR. Herausragende Bedeutung misst der Frauenring dem Millenniumziel 3 bei, das Maßnahmen zur Gleichstellung und zum Empowerment von Frauen im Blick hat, und zwar im städtischen und ländlichen Umfeld. „Hier ist die Politik gefordert, mehr als nur Lippenbekenntnisse zu liefern. Sie muss die Voraussetzungen schaffen, internationale Abkommen und nationale Gesetzgebung gleichermaßen zügig umzusetzen. Damit sind arme Länder — auch bei vorhandenem politischen Willen — häufig überfordert und müssen unterstützt werden“, betont der DFR. Abschließend erinnert der Frauenverband daran, dass Frauen Chancen zu eröffnen nicht nur eine Frage der Geschlechtergerechtigkeit ist, sondern auch für Geber und Nehmer eine Win-Win Situation herstellt.

Vorgaben erreicht?

♦ Mehr Engagement für Frauen in Afrika hat sich Deutschland für den G8-Gipfel auf die Fahnen geschrieben. Auf dem Gipfel müsse ein fester Betrag an Hilfgeldern zugesagt werden, der gezielt zur Bekämpfung von HIV und Aids bei Frauen und Kindern in Afrika eingesetzt werde, forderte Entwicklungshilfeministerin Heidemarie

Wieczorek-Zeul im Vorfeld. Ferner müsse der armen Bevölkerung in den afrikanischen Staaten der Zugang zu Krediten erleichtert werden. „Das ist auch für Frauen besonders wichtig.“ Bisher würden den meisten Afrikanerinnen Kredite verwehrt und damit die Chancen auf Beteiligung am Wirtschaftsleben beeinträchtigt.

Gipfelgegnerinnen

Der Club der acht führenden Industrienationen steht repräsentativ für die Ausweitung neoliberaler Strukturen. Eine Folge davon ist sowohl die zunehmende Flexibilisierung als auch die voranschreitende Prekarisierung von Arbeits- und Lebensverhältnissen. Frauen sind von diesen Entwicklungen tatsächlich in besonderem Maße betroffen.

In der angeblich basisdemokratischen Campstruktur steht Sexismus auf der Tagesordnung. In subtiler Form im Redeverhalten und in der Körpersprache sowie im Nichternstnehmen von Diskussionsteilnehmerinnen oder Mackersprüchen. In weniger subtiler Form in tätlichen Übergriffen sexualisierter Gewalt.

Nach Jahren präsentiert sich die G8 wieder einmal als Gruppenbild mit Dame. Wer deshalb erwartet hat, dass die Tagesordnung zumindest Spurenelemente von Geschlechtersensibilität erkennen lässt, hat weit gefehlt. Hierzulande hatte ohnehin niemand einen merkelschen Feminisierungseffekt erwartet.

Tatsächlich versuchten Frauenorganisationen, auch die Makroökonomie zu „engendern“, das heißt zunächst einmal sichtbar zu machen, wie sie Geschlechterunterschiede nutzt und welche unterschiedlichen Auswirkungen sie auf Frauen und Männer hat. Unbestritten ist, dass Frauen bisher — vor allem als Kleinbäuerinnen, Kleinhändlerinnen, lokale Handwerkerinnen und personennahe Dienstleisterinnen — mehr unter der intensivierten Konkurrenz auf dem Weltmarkt leiden als Männer.



Gipfelgegnerinnen

Das Kerngeschäft des G8-Clubs, auf das Merkel zurückorientieren will, die Wirtschaftspolitik, kommt geschlechtsneutral daher. Von den enormen frauen- und geschlechterpolitischen Energien, die in den 1990er Jahren entlang der Achse großer UN-Konferenzen aus der Frauennische herauskamen und versuchten, auf alle Politiken und alle Global Governance Regimes Einfluss zu nehmen, ist hier nichts zu ahnen. Nichts erinnert daran, dass auch im Vertrag von Amsterdam Gender Mainstreaming für die EU verankert wurde und bis zum Jahre 2015 Gender Budgets in allen EU-Ländern eingeführt werden sollen, um die Ungleichbehandlung in den Staatshaushalten auf Euro und Cent zu belegen.

Mit Angela Merkel repräsentiert eine Frau den G8-Vorsitz. Ein seltenes Bild. In der Tagesordnung des G8-Gipfels findet sich jedoch nichts zum Abbau der Ungerechtigkeit im Geschlechterverhältnis. Stattdessen stehen die G8 für eine Wirtschaftspolitik der Ungleichheit, die Geschlechtergerechtigkeit verhindert.

Gleichheit in der Wirtschaft ist, wie überall, ein Grundrecht von Frauen und ein Entwicklungsziel an sich. Eine Perspektive globaler Gerechtigkeit muss jedoch darüber hinausgehen. Soziale Ziele wie Gleichheit, soziale Sicherheit und Umverteilung müssen von Anfang an in die Makroökonomie integriert und zum Oberziel von Wirtschaftspolitik gemacht werden.

Frauenförderung im Blick

♦ Zum Abschluss des Treffens der G8-Staats- und Regierungschefs in Heiligendamm zeigte sich Bundesentwicklungsministerin Heidemarie Wiecek-Zeul (SPD) sehr zufrieden mit den erreichten Ergebnissen: „Die G8 haben gezeigt, dass sie bereit sind zu handeln und zu ihrem Versprechen stehen, die Mittel der Entwicklungszusammenarbeit für Afrika bis 2010 zu verdoppeln.“ Das Einhalten der beim G8-Gipfel im Jahr 2005 in Gleneagles gemachten Zusagen sei auf sehr gutem Wege. „So wird Deutschland vom kommenden Jahr an seine Mittel für Entwicklungszusammenarbeit pro Jahr um 750 Millionen Euro erhöhen, wobei der überwiegende Teil dieser Mittel nach Afrika fließen wird.“

Schwerpunkte der Verhandlungen im Afrika-Kapitel waren die Themen „gute Regierungsführung“, „nachhaltige Investitionen“, „Bekämpfung von HIV und AIDS, Malaria und Tuberkulose“ sowie „Frieden und Sicherheit“. 44 Milliarden Euro sollen für die Bekämpfung der drei Krankheiten in den kommenden Jahren ausgegeben werden. „Deutschland wird sich daran mit 4 Milliarden Euro bis 2015 beteiligen“, hob Wiecek-Zeul hervor. Die Ministerin betonte, dass verstärkt Maßnahmen zur Verbesserung der Situation von Frauen und Mädchen ergriffen werden sollten, da diese besonders von der Ansteckung mit dem HI-Virus bedroht sind. „So werden wir vor allem Programme stärken, die dafür sorgen, dass die Übertragung des HI-Virus von der schwangeren Mutter auf ihr Kind verhindert wird“, sagte sie.

Aber auch in den Bereichen „Förderung nachhaltiger Investitionen“ und „gute Regierungsführung“ seien konkrete Ergebnisse erzielt worden. So werden speziell Maßnahmen zur Verbesserung der Infrastruktur, der regionalen Kooperation in Afrika und im Finanzsektor vorangetrieben. Dazu ge-

hört auch die Einrichtung eines regionalen Mikrofinanzfonds, denn mit diesem Instrument wird vor allem die wirtschaftliche Unabhängigkeit von Frauen gefördert. Die Ministerin: „Mit diesem Gipfel haben wir deutlich gemacht: Die Partnerschaft mit Afrika ist Priorität der deutschen Politik. Dabei wollen wir das wirtschaftliche Potenzial Afrikas stärken und an den positiven Entwicklungen des Kontinents anknüpfen – an fortschreitende Demokratisierung, weiteres Wirtschaftswachstum und die Abnahme gewaltsamer Konflikte.“

Auch die Ergebnisse im Klima-Kapitel wertete Wiecek-Zeul als Erfolg. „Auch wenn wir uns nicht bei allen Klimazielen durchsetzen konnten, so begrüße ich sehr, dass die G8 die Halbierung der Treibhausgase bis 2050 anstreben. Wichtig ist nun, dass wir völkerrechtlich verbindliche Ziele im Rahmen der Vereinten Nationen erreichen“, sagte die Ministerin. Konkret wird das Bundesentwicklungsministerium Entwicklungsländer stärker als bisher bei Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel und beim Schutz der Wälder unterstützen. „Denn wenn wir die Abholzung der Wälder eindämmen, können etwa 20 Prozent der weltweiten Kohlendioxid-Emissionen vermieden werden“, unterstrich Wiecek-Zeul.

Die Ministerin nahm den Abschluss des G8-Gipfels zum Anlass, um der Zivilgesellschaft, die friedlich nachweisbare Ergebnisse gefordert hatte, zu danken. „Ihr Engagement hat sich ausgezahlt: Wir sind einen großen Schritt vorangekommen, und ich fühle mich durch diese Unterstützung ermutigt“, sagte sie den vielen Gruppierungen, die ausdauernd, gewaltlos und kreativ für entwicklungspolitische Erfolge gestritten haben. „Jetzt werde ich mich weiterhin mit aller Kraft dafür einsetzen, mit diesem positiven Signal aus Heiligendamm die Armutsbekämpfung voranzubringen.“

Deutschland ist Schlusslicht

♦ Eine hohe Frauenerwerbstätigkeit und eine hohe Geburtenrate stellen für eine moderne Familienpolitik keinen Zielkonflikt dar. Vielmehr kann mit den richtigen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen eine positive Dynamik in beiden Bereichen herbeigeführt werden. Das zeigt die aktuelle Studie „Vereinbarkeit von Familie und Beruf im internationalen Vergleich“ der Autoren Dr. Werner Eichhorst und Eric Thode im Auftrag der Bertelsmann Stiftung und des Bundesfamilienministeriums. Danach holt Deutschland bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf auf. Trotz richtiger Weichenstellungen gibt es aber weiterhin erheblichen Handlungsbedarf. Insbesondere den südeuropäischen Staaten mit einem traditionellen Rollenverständnis fällt es schwer, die Konflikte zwischen Berufstätigkeit und Elternschaft zu lösen, stellen die Autoren auf der Basis von Eurostat- und OECD-Daten fest. Zusammen mit Spanien, Griechenland und Italien bildet Deutschland das Schlusslicht sowohl bei der Geburtenrate als auch beim Beschäftigtenanteil von Müttern mit Kindern unter fünf Jahren. Während in Portugal, den Niederlanden, Belgien, Frankreich und Österreich sowie Großbritannien über 60 Prozent der Mütter mit kleinen Kindern einem Beruf nachgehen, sind es in Deutschland lediglich 44,3 Prozent und nur 37,1 Prozent der allein erziehenden Mütter. Hinzu kommt, dass im Anschluss an eine familienbedingte Auszeit oft nur eine Teilzeittätigkeit mit geringer Stun-

denzahl ausgeübt wird, obwohl die Erwerbswünsche deutlich umfangreicher ausfallen.

Die traditionell starke Trennung zwischen Familienverantwortung und Berufstätigkeit zeigt sich auch daran, dass Deutschland mit 44,3 Prozent den höchsten Anteil an Alleinverdienerhaushalten hinter Griechenland aufweist. Nach dem Befund der Experten befindet sich Deutschland derzeit in einer Übergangssituation hin zu einer modernen Familienpolitik. Sie heben die neuen familienpolitischen Leistungen wie das Elterngeld und die verbesserte steuerliche Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten als richtige Weichenstellungen hervor. Zentrale künftige Handlungsfelder sind die Entwicklung eines privaten Marktes für familienunterstützende Dienstleistungen sowie die Schaffung eines ausreichenden und qualitativ hochwertigen Angebots an Kinderbetreuung. Mit einer Betreuungsquote von weniger als zehn Prozent der unter Dreijährigen liegt Deutschland im europäischen Vergleich weit zurück.

Um die Arbeitsmarktbeteiligung insbesondere von Müttern zu stärken, sehen die Autoren auch Reformbedarf im Abgaben-, Steuer- und Transfersystem. Beispielsweise werde durch die hohe Einkommensbesteuerung des Zweitverdieners noch immer das traditionelle Rollenmodell der Einverdiener-Familien mit Hinzuverdiener mit geringfügiger Teilzeittätigkeit verfestigt.

Internet-Info: www.bertelsmann-stiftung.de

SPE-Kampagne

♦ Die Sozialdemokratische Partei Europas (SPE) führt derzeit die Kampagne „Put children first - Kinder an erster Stelle“ zur Kinderbetreuung durch. Mehr Informationen dazu finden Interessierte auf der SPE-Website www.pes.org im Internet.

Ehrenamts-Spitze

♦ In Österreich (60 %), den Niederlanden (55 %) und Schweden (53 %) gibt es laut einer Umfrage im Auftrag der Europäischen Kommission die meisten ehrenamtlich Tätigen: Doch auch die Deutschen gehören mit 52 Prozent noch zur Spitzengruppe.

Tagung der Ministerrunde

♦ Unter Vorsitz von Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen (CDU) berieten die Gleichstellungs- und Familienministerinnen und -minister der EU-Mitgliedsstaaten sowie die EU-Kommission am 15. und 16. Mai 2007 in Bad Pyrmont, wie Gleichstellungs- und Familienpolitik zu mehr Chancengleichheit und gesellschaftlichem Zusammenhalt in Europa beitragen können. „Europa braucht eine Politik, die es Frauen und Männern leichter macht, in einem gleichberechtigten Miteinander Erwerbs- und Familienarbeit sowie die Sorge für Angehörige zu vereinbaren. Gleichstellungspolitik ist heute besonders dort erfolgreich, wo sie aktiv familienpolitische Instrumente nutzt. Und Familienpolitik ist heute dann besonders erfolgreich, wenn sie sich an der Lebenswirklichkeit der Menschen orientiert und nicht von traditionellen Rollenerwartungen den Blick verstellen lässt“, erklärte von der Leyen.

Das zweitägige Treffen im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft, an dem auch der EU-Kommissar für Beschäftigung, soziale Angelegenheiten und Chancengleichheit, Vladimir Spidla, teilnahm, stand unter dem Motto „Gleiche Chancen für Frauen und Männer im Erwerbs- und Familienleben“. Ursula von der Leyen stellte außerdem mit ihren Kolleginnen und Kollegen aus den Ländern der ersten EU-Teampräsidentschaft, dem portugiesischen Staatssekretär Jorge Lacão und der slowenischen Ministerin Marjeta Cotman, eine gemeinsame Initiative vor, die wichtige gleichstellungspolitische Anliegen nachhaltig in der europäischen Politik verankern soll: Über 18 Monate hinweg wollen sich die Partnerländer Deutschland, Portugal und Slowenien als aufeinander folgende Ratspräsidentschaften auf europäischer Ebene für die

Fortsetzung auf Seite 21



Fortsetzung von Seite 20

Erweiterung der Rollenbilder für Frauen und Männer, die Chancen- und Entgeltgleichheit im Erwerbsleben sowie die Förderung von Frauen mit Migrationshintergrund stark machen.

Die bei der Tagung vorgestellte Studie von „Sinus Sociovision“ belegt, dass große Teile der deutschen Bevölkerung Gleichstellungs- und Familienpolitik als zwei Seiten einer Medaille wahrnehmen. Gleichstellung als Wert ist in unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen unterschiedlich akzeptiert. Gut gebildete jungen Frauen und Männer orientieren sich heute wie selbstverständlich an gleichberechtigten Rollenvorstellungen und partnerschaftlichen Lebensentwürfen. In eher traditionsverwurzelten Milieus und weniger gebildeten Schichten mit niedrigem Einkommen und begrenzten Lebensperspektiven sind Gleichberechtigung und Partnerschaftlichkeit als Werte hingegen kaum verankert. „Die Studie zeigt, dass Gleichstellung für viele Menschen als abstraktes Ideal fremd bleibt, wenn sie ihren Wert nicht konkret und praktisch in ihrem Lebensalltag erfahren. Die meisten Frauen und Männer bewerten Gleichstellungspolitik vor allem dann als wertvoll und nützlich, wenn sie ihnen mit ganz konkreten Angeboten erleichtert, Familie und Beruf unter einen Hut zu bringen“, so Ursula von der Leyen. Um auf europäischer Ebene zu weiteren Ergebnissen zu kommen, ist auch eine Ausweitung der in Deutschland durchgeführten SINUS-Studie auf andere EU-Länder geplant. Weitere Erhebungen untermauern die Dringlichkeit der Themen der Runde: In der EU liegt die durchschnittliche Quote erwerbstätiger Frauen nach wie vor 15 Prozent unter der der Männer. In den obersten Entscheidungsgremien der jeweils 50 größten, börsennotierten Unternehmen der Mitgliedsstaaten kommt im Schnitt eine Frau auf zehn Männer.

Bekenntnis zur Gleichstellung

♦ Anlässlich des 50. Gründungsjubiläums der Europäischen Union haben unter deutscher EU-Ratspräsidentin Bundeskanzlerin Angela Merkel, Kommissionspräsident Jose Manuel Barroso und der Präsident des Europaparlaments Hans-Gert Pöttering am 25. März 2007 die „Berliner Erklärung“ unterzeichnet. Darin heißt es gleich zu Beginn: „Wir verwirkli-

chen in der Europäischen Union unsere gemeinsamen Ideale: Für uns steht der Mensch im Mittelpunkt. Seine Würde ist unantastbar. Seine Rechte sind unveräußerlich. Frauen und Männer sind gleichberechtigt.“

Die Berliner Erklärung kann unter www.eu2007.de als pdf-Dokument heruntergeladen werden.

Spanien mit Frauenquote

♦ Spanien hat ein weit reichendes Gleichberechtigungsgesetz verabschiedet. Darin wird unter anderem eine verpflichtende Frauenquote für die Kandidatenlisten bei Wahlen eingeführt - 40 bis 60 Prozent der Kandidaten für Parlaments-, Regional und Kommunalwahlen müssen demnach weiblich sein und weder Frauen noch Män-

ner dürfen mehr als 60 Prozent der Bewerber stellen. Außerdem müssen Unternehmen mit mehr als 250 Mitarbeitern in Tarifgesprächen mit den Gewerkschaften Maßnahmen zur Frauenförderung aushandeln. Auch sollen in acht Jahren mindestens 40 Prozent der Vorstandsmitglieder in den spanischen Unternehmen Frauen sein.

Global Summit 2007 startet in Berlin

♦ Der „Global Summit of Women“, das „Davos der Frauen“, findet 2007 in Berlin statt: Im EU-Jahr der Chancengleichheit steht das Thema „Europa“ im Fokus. Von ökonomischer Chancengleichheit über den Arbeitsplatzmangel für Frauen bis hin zur mangelnden Repräsentanz von Frauen in Führungspositionen reicht das Spektrum der Fragen, die an der Spree auf der Tagesordnung stehen.

Start des Frauengipfels ist am 14. Juni, Tagungsort bis zum 16. Juni das Hotel „Intercontinental“. Dort werden sich sowohl Politikerinnen als auch weibliche Führungskräfte und Unternehmerinnen aus der ganzen Welt versammeln - zum Austausch von Best Practices, zum Aufbau von Netzwerken und zum Knüpfen von Allianzen.

Internet-Info unter www.globewomen.com

Diskriminierte Frauen mit Kindern

♦ Für Aufsehen hat in Großbritannien im Frühjahr eine Studie der Kommission für Gleichheit und Menschenrechte (CEHR) gesorgt: Der Report „Fairness und Freiheit“ bezeichnet Mütter mit Kindern unter elf Jahren als die „am meisten diskriminierte Gruppe der Gesellschaft“. Bei diesen Frauen sei es zu 48 Prozent weniger wahrscheinlich als bei einem Mann, dass sie beruflichen Anschluss finden. Das „Handicap Kind“ sei für diese Frauen rein rechnerisch größer als das von ethnischen

Minderheiten oder Menschen mit Behinderung. Trotz akuten Mangels an Facharbeitern und Akademikern arbeiten 6,5 Millionen Britinnen und Briten unterhalb ihres Ausbildungsniveaus bei schlechter Bezahlung. Davon überwiegend betroffen sind die „working mums“ in Teilzeitjobs.

Die angelsächsische Kultur der sehr langen Arbeitstage mache Frauen den Ausgleich von Karriereambitionen und Kinderbetreuungspflichten besonders schwer, heißt es in der Studie.

Neue AsF-Vorsitzende gewählt

♦ Dr. Eva Högl ist die neue Berliner Landesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF). Die Landesfrauenkonferenz der SPD-Frauen wählte die 38-jährige am 1. Juni mit 33 zu 19 Stimmen. Eva Högl hatte eine Gegenkandidatin. Sie ist Nachfolgerin von Mechthild Rawert, die im März die Niederlegung ihres Amtes angekündigt hatte, um sich auf ihre Arbeit als Bundestagsabgeordnete zu konzentrieren. Die neue AsF-Landesvorsitzende möchte an die gute Arbeit ihrer Vorgängerin anknüpfen, die die AsF zu einer deutlich hörbaren Frauenvertretung inner- und außerhalb der Berliner SPD weiter profiliert hat. Das Engagement für Frauenförderung und Gleichstellung soll eng mit den SPD-Mandatsträgerinnen verzahnt werden.

Frauengeschichte im Tourismus

♦ „FrauenKulturGeschichte im Zentrum von Wirtschaftsförderung und Tourismus“ ist eine gemeinsame Tagung der Landesfrauenräte Niedersachsen und Sachsen-Anhalt am 23. Juni 2007 überschrieben. Beide Landesfrauenräte praktizieren eine enge Zusammenarbeit, um vor allem inhaltliche Probleme zu diskutieren, aber auch um die persönlichen Kontakte zu intensivieren und zu erweitern. Auf dieser Grundlage wurde in diesem Jahr eine weitere gemeinsame Tagung geplant. Dabei sollen unter anderem Marketingstrategien im Mittelpunkt stehen, die die Frauengeschichte eines Landes ins Zentrum von Wirtschaftsförderung und Tourismus zu stellen. Dies soll am konkreten Beispiel von Katharina von Bora und der Lutherstadt Wittenberg diskutiert werden. Tagungsort ist das Kunstmuseum Magdeburg. Am 24. Juni ist die Teilnahme am Ergänzungsprogramm „80 Jahre Bauhaus Dessau“ möglich.

Resolutionen des LFR Niedersachsen

Pflegezeit

♦ Der Landesfrauenrat Niedersachsen e.V. fordert die Niedersächsische Landesregierung auf, sich auf Bundesebene für ein Pflegezeitgesetz einzusetzen, das eine Freistellung für Männer und Frauen von maximal sechs Monaten ermöglicht. Die Pflegezeit dient zur Pflege der Betroffenen nach Akutereignissen ohne längere Pflegebedürftigkeit oder bei der Sterbebegleitung sowie der Organisation der Pflege und zur Orientierung. Mit der Pflegezeit können Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zukünftig bis zu sechs Monate von ihrer Tätigkeit ohne Entgelt freigestellt werden, um pflegebedürftige Personen zu betreuen. Eine einmalige Verlängerung soll für längstens weitere sechs Monate möglich sein. Ein gesetzlicher Anspruch auf längere Freistellungsregelungen wird abgelehnt, weil ein Wiedereinstieg ins Berufsleben aufgrund der Arbeitsmarktsituation und der vorherrschenden Formen, z.B. Projektarbeit, erheblich erschwert ist. Begründung: Das Pflegezeitge-

setz dient dazu, Erwerbsarbeit und häusliche Pflege von Angehörigen besser als bisher miteinander vereinbaren zu können und für die Pflegenden den Verbleib in der Erwerbsarbeit zu sichern. Es hat in der Vergangenheit oft zu Problemen geführt, weil Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei einer Freistellung auf die Zustimmung ihrer Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber angewiesen sind. Neben einer Erwerbsarbeit ist die Pflege von Angehörigen aber oft nicht zu organisieren. Urlaub und freie Tage dienen der Erholung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Pflegekammer

♦ Der Landesfrauenrat Niedersachsen e.V. fordert die Niedersächsische Landesregierung auf zu prüfen, wie die Einrichtung einer Institution zur pflegerischen Selbstverwaltung ermöglicht werden kann, die für die Pflegeausbildung sowie für die Qualitätssicherung und Fachaufsicht der Pflege in Niedersachsen zuständig ist.

KDFB-Stammtisch

♦ Der Katholische Deutsche Frauenbund (KDFB) lädt am Montag, dem 25. Juni, wieder zu seinem Stammtisch ein. Dabei wird Rechtsanwältin Patricia Oellrich zum Thema „Was steht mir zu? Das neue Unterhaltsrecht“ referieren. Im Anschluss können sich die Teilnehmerinnen in lockerer Atmosphäre kennenlernen und auch über andere Themen austauschen sowie weitere gemeinsame Punkte für künftige Stammtische besprechen. Der Vortrag mit Diskussion beginnt um 19 Uhr im „Dal Moro“ (Nebenzimmer) am Kaiserdamm 6 in Charlottenburg. Nächster Stammtisch ist am 6. September, dann steht ein Besuch der „Weiberwirtschaft“ auf dem Plan. Weitere Infos unter 321 50 22.

NIKE-Vortragsreihe 2007

♦ Pro Quartal lädt der Verein NIKE – Polnische Frauen in Wirtschaft und Kultur zu interessanten Vorträgen ein, die Wissensvermittlung durch Spezialistinnen sowie Erfahrungs- und Gedankenaustausch miteinander verbinden. Nächster Termin ist am Mittwoch, dem 20. Juni 2007, um 19 Uhr. Im Gespräch mit der Psychologin Katarzyna Meinert diskutieren die Teilnehmerinnen, warum sind wir so einmalig und doch manchmal so ähnlich sind und ob sich die Psyche überhaupt so einfach beschreiben lässt. Veranstaltungsort ist der Konferenzraum der Firma Winiarski Poland Germany Consult, Westhafenstraße 1, 13353 Berlin (S + U9 Westhafen). Infos unter 21 96 60 38, Beitrag: 5 Euro.



Weltfrauentag im Guttemplerhaus

♦ Am 11. März feierten 35 Frauen den Weltfrauentag unter dem Motto „Meine türkische Nachbarin“. Eingeladen waren Angelika Tayfun vom Türkisch-deutschen Frauenverein und Frau Barth von der Fachstelle für Suchtprävention in der Utmannstraße.

Nach einer herzlichen Begrüßung durch die Sachgebietsleiterin Frau Breitenbach folgte eine kurze Darstellung über die Geschichte des Weltfrauentages und eine Aussage, warum der Frauentag auch heute noch wichtig ist. Dann erzählte uns Frau Tayfun von ihrem Leben. Als deutsche Frau ist sie über 30 Jahre glücklich mit einem türkischen Mann verheiratet und hat zwei erwachsene Söhne. Da sie oft in der Türkei ist und dort nicht nur die Familie ihres Mannes besucht, konnte sie uns viel über das wirkliche Leben in der Heimat Ihres Mannes berichten. Auch Frau Yilmaz, eine Nichte von Herrn Tayfun, die mit Ihrem Mann in Berlin wohnt, sprach offen über Ihr Leben als Türkin in Deutschland. Frau Barth berichtete uns von ihrem Familienleben und natürlich auch von dem Leben in Ihrer türkischen Heimat. Sie ist mit einem deutschen Mann verhei-

ratet und hat ein kleines Kind. Beide wohnen in Berlin, das sie als ihre Heimat ansehen.

Anschließend fand eine rege Diskussion statt, bei der wir feststellten, dass wir trotz unserer verschiedenen Religionen und einer anderen Tradition gar nicht so verschieden sind. Wir wollen alle mit unseren Familien und unseren Nachbarn in Frieden leben. Damit das auf Dauer geschehen kann, sollten wir uns akzeptieren, wie wir sind. Wenn wir miteinander reden, lernen wir uns besser kennen und werden uns auch besser verstehen. Wir können Freundinnen werden.

Am Ende dieses Vormittags haben wir festgestellt, dass wir noch lange nicht alle Fragen gestellt haben und unsere Gäste, nicht nur aus Neugier, sondern aus echter Sympathie, gebeten, uns wieder zu besuchen. Sie haben gerne zugesagt. Ich freue mich schon heute auf ihren Besuch.

Nach einem ausgiebigen zweiten Frühstück, bei dem immer noch rege geplaudert wurde, und einem herzlichen Dankeschön an unsere Gäste beendete Frau Breitenbach diesen sehr schönen Frauentag.

Adelheid Breitenbach

Gemeinsame Fahrt nach Hannover

♦ Der Katholische Deutsche Frauenbund, Diözesanverband Berlin e.V. lädt in Kooperation mit dem LandesFrauenRat Berlin zu einer Tagesfahrt nach Hannover ein: „Auf den Spuren der Künstlerin Niki de Saint Phalle“ heißt es am Samstag, dem 22. September 2007. Die weltberühmte amerikanische Künstlerin aus französischem Adelsgeschlecht hinterließ in Hannover die weltweit umfangreichste Sammlung von Skulpturen, Gemälden und Zeichnungen, die unter anderem im Sprengel-Museum zu sehen sind. Am Leine-Ufer schuf sie drei dralle Nanas, die – anfangs heiß diskutiert, heute viel geliebt zu einem städti-

schen Wahrzeichen wurden. Ihr letztes, einzigartiges, unverwechselbares Werk „La Grotte“, in einer 325 Jahre alten Barockgrotte in den Herrenhauser-Gärten, zieht seit der Eröffnung im Mai 2003 Niki-Fans aus aller Welt magisch an. Mosaike aus Spiegeln, buntes Glas und Kieselsteine fügen sich zu einem faszinierenden Sinneserlebnis zusammen. 144 Polyesterfiguren unterstreichen Nikis Vorstellungen von Leben, Tod, Kosmos und Spiritualität.

Die Teilnahme an der Fahrt kostet 39 Euro. Weitere Infos und Anmeldung beim KDFOB, Telefon: 321 50 21/22, Email: geschaeftsstelle@kdfo-b-berlin.de

Nachruf

Der Frauenpolitische Rat Land Brandenburg trauert um Sybille Neumann

Am Donnerstag, dem 19. April 2007 ist Sybille Neumann nach schwerer Krankheit verstorben. Sybille hat die Arbeit unseres Verbandes über einen Zeitraum von fast zehn Jahren entscheidend mit geprägt. Als Delegierte des Deutschen Gewerkschaftsbundes Mark Brandenburg arbeitete sie seit 1998 mit großem persönlichem Engagement in verschiedenen Gremien des Frauenpolitischen Rates mit, war von 2002 bis 2006 Sprecherin unseres Verbandes und Vorsitzende des Beirates Brandenburgische Frauenwoche.

Mit ihrem Elan, ihrer Lebendigkeit und mit unermüdlicher Energie hat sie sich für die Frauen- und Gleichstellungspolitik in unserem Land eingesetzt. Ihr Lebensmut, ihre Neugierde, ihr Lebenshunger und Optimismus haben für uns Zeichen gesetzt.

Ihr aus persönlicher Erfahrung formulierter Appell an uns und ihre Mitstreiterinnen, sich selbstbewusst und nachdrücklich für die gesundheitlichen Belange von Frauen einzusetzen, wird uns auch zukünftig begleiten.

In Trauer und Dankbarkeit

Sabine Stüber
1. Sprecherin

Bettina Panser
Geschäftsführerin

UCW

Unternehmerinnen- und
Gründerinnenzentrum
Charlottenburg-
Wilmerdorf
Sigmaringer Straße 1
10713 Berlin
U7 – Blissestraße

Benefizkonzert

♦ Der im UCW ansässige interkulturelle Hospiz-Verein Dong Heng lädt am 30. Juni zu einem Benefizkonzert in den Festsaal des Charlottenburger Rathauses, Otto-Suhr-Allee 100, ein. „Dong Heng“ bedeutet so viel wie „Mitgehen“. So möchte der 2005 von einer Koreanerin gegründete Verein, sterbende oder pflegebedürftige Migrantinnen und Migranten insbesondere aus dem ostasiatischen Kulturkreis begleiten. Bei dem Konzert treten Künstlerinnen und Künstler der Deutschen Oper sowie Ensembles aus Korea, China, Thailand und Vietnam auf. Beginn ist um 15 Uhr, der Eintritt frei, Spenden sind aber willkommen.

Vorgestellt: Reife-Zeit

♦ „Wir sind ein Zusammenschluss von berufs- und lebenserfahrenen Unternehmerinnen, die im Unternehmerinnen- und Gründerinnenzentrum Charlottenburg-Wilmerdorf (UCW) ihre Firmen haben. Unsere Absicht: Erfahrungen, Kompetenzen und Stärken für Menschen 50+/- einzusetzen, um im Alltag zu begleiten, zu unterstützen, Lebenssituationen zu erleichtern und diesen Lebensabschnitt zu verschönern. Die Lebensqualität der Kunden/innen wird so verbessert“, so stellen sich die unter der Überschrift „Reife-Zeit“ zusammengeschlossenen Unternehmerinnen vor, die insbesondere für Frauen jenseits der 50 regelmäßig Veranstaltungen im UCW anbieten.

Sich austauschen, gemeinsame Projekte besprechen und Kompetenzen bündeln – die Unternehmerinnen erfahren ihre Arbeit auch ganz persönlich als Gewinn und Bereicherung: „Wir ergänzen uns und lernen voneinander. Neben dem Serviceaspekt für unsere Kunden/innen ist uns der synergetische Austausch wichtig. Per-

sönliches Wachstum und eine intensivere Spezialisierung ergeben sich daraus und werden von jeder Einzelnen unterstützt.“

Nach der Sommerpause startet die „Reife-Zeit“ am Freitag, dem 19. September, mit einer Lesung, die Bezirksbürgermeisterin Monika Thiemen mit humorvollen Texten zum Reifen und Älterwerden gestaltet. Am Freitag, dem 23. November, ist die Komikerin Gabi Sutter bei der „Reife-Zeit“ zu Gast und serviert den musikalischen Cocktail „Erotik für 50plus“.

Im neuen Jahr stehen Lesungen mit Großstadtepek aus den 1950er Jahren von Mascha Kaléko, mit Autobiografischem der Malerin und Autorin Margot Nesso sowie unter dem Motto „Atmend sein“ Prosa und Praxis auf dem Programm. Die zweistündigen „Reife-Zeit“-Veranstaltungen beginnen jeweils um 17 Uhr im UCW-Konferenzsaal in der vierten Etage. Die Teilnahme kostet 8 Euro. Um Anmeldung wird gebeten unter der Rufnummer 31 56 15 89 oder per Mail an info@finesse24.de

(sbr)

Berliner Frauenbund 1945 lädt ein

♦ In Kooperation mit der Frauenbeauftragten des Bezirksamtes Tempelhof-Schöneberg der Berliner Frauenbund 1945 e.V. zu der Veranstaltung „Der EQR und die Frauen – Neue Chancen oder erhöhtes Risiko für die Beschäftigungsfähigkeit von Frauen?!“ ein. Veranstaltungsort ist am Mittwoch, 4. Juli, in der Zeit von 19 bis 21 Uhr der J.F. Kennedy Saal (Raum 1110) im Rathaus Schöneberg. Zum Hintergrund: Der Europäische Qualifikationsrahmen EQR steht in enger Verbindung mit dem Ziel der Europäischen Union, Europa bis zum Jahr 2010 zum größten wissensbasierten Wirtschaftsraum zu machen. Es sollen die Beschäftigungsfähigkeit der Menschen gefördert sowie ihre Mobili-

tät und Flexibilität innerhalb Europas erhöht werden. Der EQR soll als ein länderübergreifendes zentrales Steuerungs- und Regelungsinstrument dazu beitragen, Barrieren in den Bildungs-, Berufsbildungs- und Hochschulsystemen der europäischen Länder zu überwinden. Die Funktionsweise des EQR zielt darauf, Transparenz herzustellen, die Durchlässigkeit in den Berufssystemen zu fördern sowie Vergleichbarkeit und Anerkennung zu gewährleisten. Damit soll die Grundlage für ein kontinuierliches lebenslanges Weiterlernen – unabhängig von dem Bildungssystem des jeweiligen Landes – geschaffen werden. Gegenwärtig gilt es, den EQR in einen nationalen Qualifika-

tionsrahmen zu überführen. Die Arbeit am daran hat auf der Ebene der Kultusminister bereits begonnen.

„Wir sind der Meinung, dass diesem Entwicklungsprozess aus der Sicht der Frauenpolitik in Berlin bisher zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt worden ist. Das möchten wir verändern und mit dieser Veranstaltung den Diskussionsprozess befördern“, betonen die Veranstalterinnen. An dem Abend werden Expertinnen über den aktuellen Stand der Entwicklung informieren. In der anschließenden Diskussion soll es darum gehen, ob der EQR dazu beitragen kann, die beruflichen Chancen von Frauen zu verbessern oder ob er nur (neue) Risiken in sich birgt.



Ministerin-Buch „Familie gewinnt“

♦ Die „Allianz für die Familie“, in der sich auf Initiative des Bundesfamilienministeriums und der Bertelsmann Stiftung Partner aus Wirtschaft und Gewerkschaften für eine familienfreundliche Arbeitswelt engagieren, hat bei einem Spitzentreffen mit der Bundeskanzlerin im Oktober 2006 gemeinsame Schritte verabredet – mit Erfolg, wie jetzt das Buch „Familie gewinnt“ belegt. Herausgeberinnen sind Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen und Liz Mohn, die stellvertretende Vorstandsvorsitzende der Bertelsmann Stiftung.

Die Beiträge namhafter Autorinnen und Autoren aus Wirtschaft, Politik, Wissenschaft und Praxis geben einen Überblick zu den vielfältigen Initiativen für mehr Familienfreundlichkeit im Rahmen der Allianz.

Bei der Buchpräsentation bekräftigte die Bundesfamilienministerin das Ziel, Familienfreundlichkeit zum Markenzeichen der deutschen Wirtschaft zu machen: „Neben guten Betreuungsangeboten und finanziellen Hilfen brauchen

Eltern eine Arbeitswelt, die ihre Potenziale fördert und ihre familiären Bedürfnisse berücksichtigt. Die Beiträge in dem Buch sind ein eindrucksvoller Beleg dafür, dass Familienfreundlichkeit in der Wirtschaft mittlerweile als Erfolgsfaktor gesehen wird. Nachhaltige Familienpolitik setzt auf strategische Kooperationen und ist erfolgreich damit“, so von der Leyen. Für Liz Mohn fordert das Buch auch zum Handeln auf: „Gesellschaften brauchen Kinder, wenn Sie eine Zukunft haben wollen. Deshalb sollten wir alles dafür tun, dass rationale Gründe gegen Kinder, soweit sie in fehlender oder schlechter Infrastruktur für Familien und mangelnden Möglichkeiten eines Gleichgewichts zwischen Familienleben und Beruf begründet liegen, beseitigt werden.“

Renommierte Vordenker wie der Soziologe Hans Bertram, der Zeithistoriker Paul Nolte und der Publizist Warnfried Dettling stellen in „Familie gewinnt“ dar, wie sich die Bedürfnisse von Familien verändert haben und welche Rahmenbedingungen notwendig sind, um

diesen neuen Lebensrealitäten im 21. Jahrhundert gerecht zu werden. Renommierte Ökonomen erläutern die Bedeutung von Familienfreundlichkeit als Managementthema für Unternehmen und als Standortfaktor für die Regionen. Prominente Partner der Allianz für Familie wie DIHK-Präsident Ludwig Georg Braun und DGB-Chef Michael Sommer stellen ihr aktives Engagement vor und geben Impulse für die Zukunft. Erfahrene Fachleute zeigen schließlich vielfältige Wege und gute Beispiele auf, wie die Vereinbarkeit von Beruf und Familie im Interesse der Unternehmen und der Beschäftigten in der Praxis gelingen kann.

Das Buch „Familie gewinnt“, herausgegeben von Ursula von der Leyen und Liz Mohn, ist ab sofort über den Buchhandel erhältlich, Verlag Bertelsmann Stiftung.

Buchtipps: Erfolgsfaktor Beruf & Familienmanagement

♦ „Mit dem Buch leistet Ursula Lange einen wertvollen Beitrag zur Sensibilisierung für das Thema Beruf und Familie und bietet vor allem überzeugende Lösungsansätze für die Umsetzung“, urteilt Henrike Werner vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend über den im merus Verlag erschienenen Band „Erfolgsfaktor Beruf & Familienmanagement“. Die Autorin Ursula Lange will sowohl berufstätigen Vätern und Müttern als auch Personalverantwortlichen Antworten auf die Frage geben, wie man die Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessern kann. Neben zahlreichen Informationen, Anregungen und Tipps berichten promi-

nente, aber auch ganz „normale“ berufstätige Eltern über ihre Erfahrungen. Viele Übungen ermöglichen den Lesern, ihre persönliche Situation und/oder die Situation im Unternehmen zu analysieren und die gewonnenen Erkenntnisse in die eigene Berufs- und Familienwelt zu integrieren.

„Als vierfache Mutter und Unternehmensberaterin freue ich mich sehr darüber, dass das Thema Familie und Beruf und das Wohl der Kinder immer mehr in den Mittelpunkt des Geschehens rückt“, betont die Autorin selbst. Ihr ist geglückt, was sonst bei komplexen Themen wie diesem nur selten gelingt – Theorie und Praxis interessant und dabei kurzweilig zu

verbinden, so dass am Ende jede und jeder tatsächlich für ihr und sein Leben einen Mehrwert erzielt. Dabei ist die Mischung aus Hintergrundwissen, Erfahrungsberichten möglicher Vorbilder und die Vielfalt an Übungen optimal gelungen. Eine erfolgreiche Karriere mit einem glücklichen Familienleben zu verbinden, ist der Wunsch vieler Menschen. Mit ihrem Buch hilft Ursula Lange, dass Mütter und Väter diesem Ziel ein großes Stück näherkommen – wenn sie sich die Zeit nehmen und mit dem Buch arbeiten. „Erfolgsfaktor Beruf & Familienmanagement“ ist im Handel für 19,90 Euro erhältlich. Kontakt zur Autorin über www.lange-erfolg.de im Internet. (sbr)

Einladung

**LandesFrauenRat
Berlin**

**Katholischer
Deutscher
Frauenbund**

**Sozialdienst
katholischer Frauen
laden ein**

**Besuch
Agnes
Neuhaus
Café**

**Der SkF und
seine Projekte
in Berlin-
Niederschönhausen**

**Besichtigung
und Gespräche am
23. August 2007
um 18 Uhr**

**Ort: SkF, Schönhauser
Straße 41, 13158 Berlin**

**Imbiss inklusive
Getränke 7 Euro**

**Anmeldung:
321 50 22 (KDFB)
785 70 10 (LFR)**

clio 64: Frauenherzen schlagen anders

♦ Inzwischen ist klar: Herz-Kreislauferkrankungen verlaufen bei Frauen und Männern unterschiedlich, die Forschung und Therapie orientiert sich jedoch bis heute vorwiegend an männlichen Symptomen und Behandlungsstandards – zum Nachteil von Frauen. Noch immer fehlt bei MedizinerInnen und KardiologInnen eine geschlechtsspezifische Sichtweise, Frauen sind völlig ungenügend über weibliche Symptome eines Herzinfarkts und eine entsprechende Behandlung informiert. Das Wissen um die Bedeutung und die Möglichkeiten der Vorbeugung ist begrenzt. Nachsorge und Rehabilitation sind an männlichen Bedürfnissen ausgerichtet. Diesem allgemeinen, aber auch geschlechtsspezifischen Informationsdefizit will die aktuelle „Clio“ begegnen. Die wichtigen Themen rund um Frauen und Herz werden aufgegriffen, um mehr grundle-

gende Informationen und Handlungsoptionen aufzuzeigen. Da der Prävention eine herausragende Bedeutung zukommt, werden Stressabbau, Bewegung und Ernährung ausführlich dargestellt. Auch die Rolle der Psychosomatik wird vorgestellt und diskutiert. Diese Ausgabe der „clio“ beleuchtet insbesondere die unterschiedliche Symptomatik von Herz-Kreislauferkrankungen bei Frauen und Männern.

„clio – die Zeitschrift für Frauengesundheit“, Nr. 64, ist für 3,90 Euro zu beziehen über den Buchhandel mit der ISSN-Nummer 0933-0747 oder direkt über das Feministische FrauenGesundheitsZentrum e.V., Bamberger Straße 51 in 10777 Berlin, Telefon: 030/213 95 97, Fax: 214 19 27, Email: ffgzberlin@snafu.de, (zzgl. Versandkosten 1,20 Euro). Internet-Info: www.ffgz.de

Politikerin im Männerclub

♦ In ihrem Buch „Mehr als bunte Tupfen im Bonner Männerclub, Sozialdemokratinnen im Deutschen Bundestag 1957–1969“ schildert Gisela Notz die Biografien und die politische Arbeit von zwölf Sozialdemokratischen Parlamentarierinnen, die von der dritten bis zur fünften Wahlperiode neu in den Deutschen Bundestag gewählt wurden. Spannende Lebensbilder engagierter Frauen, die keine Frauenrechtlerinnen sein wollten, aber vieles für die Rechte der Frauen erreicht haben. Die Autorin geht von der Beschreibung der wirtschaftlichen und politischen Situation in der Bundesrepublik aus und schildert die parlamentarische Arbeit der Frauen im biografischen Zusammenhang. Die Politikerinnen haben sich nicht mehr nur mit frauenpolitisch brisanten Fragen befasst, sondern verstärkt in angeblich geschlechtsneutrale Politikbereiche wie die Wirtschafts- und

Finanzpolitik eingemischt. Ihre Vision war eine Gesellschaft freier Menschen, doch stießen sie mit ihren Wünschen in der konservativen deutschen Nachkriegsgesellschaft auf zahlreiche Widerstände und Grenzen. Der Band setzt die Darstellung der SPD-Parlamentarierinnen im Parlamentarischen Rat und im Deutschen Bundestag zwischen 1948/49 und 1957 fort, die mit dem Buch „Frauen in der Mannschaft“ (Dietz 2003) begonnen wurde.

Die 1942 geborene Gisela Notz ist Dr. phil. und Sozialwissenschaftlerin sowie wissenschaftliche Referentin in der Abteilung Sozial- und Zeitgeschichte der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn.

Gisela Notz: Mehr als bunte Tupfen im Bonner Männerclub, Sozialdemokratinnen im Deutschen Bundestag 1957–1969, 392 Seiten, 29,90 Euro, Berlin: Dietz Verlag 2007.



Termine

- 22. Juni 10 bis 15.30 Uhr**
Geschlechtergerechtigkeit in der Prävention – Anspruch oder Wirklichkeit?
 Fachgespräch der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen im Jakob-Kaiser-Haus, Dorotheenstraße 101, in Berlin-Mitte, Raum 1.554. Infos und Anmeldung unter gruene-bundestag.de
- 26. Juni 18 bis 20 Uhr**
Rheumatische Erkrankungen – alles nur Erkrankungen alter Frauen?
 Ringvorlesung „Geschlechtsspezifische Aspekte in der medizinischen Diagnostik und Therapie“ jeweils dienstags in der Ärztekammer Berlin, Friedrichstraße 16, Berlin-Mitte. Referentin am 26. Juni: PD Dr. Gabriela Riemekasten, Charité; weiterer Termin am 10. Juli: Psychiatrie: „Weinerliche Frauen, aggressive Männer?“ Vortrag von Dr. Angela Merkl, Charité. Infos unter www.charite.de/gender
- 28. Juni 19 bis 21 Uhr**
Offene Redaktionsgruppe: Schattenberichte zu CEDAW
 Veranstaltung des Staatsbürgerinnen-Verbandes, Tempelhofer Damm 4. Das UN- Abkommen zur Beseitigung jeder Form der Diskriminierung der Frau (CEDAW) verlangt von der Bundesregierung regelmäßige Fortschrittsberichte, sog. Staatenberichte. Ende 2006 war der 6. Staatenbericht fällig. Es ist das Recht und die Pflicht der Zivilgesellschaft, insbesondere der Fachverbände, dazu kritische und ergänzende Berichte oder „Schattenberichte“ bei der UN einzureichen. Zu ausgewählten Themen sollen Beiträge zur Schattenberichterstattung besprochen werden.
- bis 30. Juni Ausstellung**
Die Einen und die Anderen
 Bilder und Lithographien von Hasim Saydan in Schöneberg auf dem Weg zwischen Pallasseum und Gustav-Müller-Platz; Rahmenprogramm mit Lesungen, Veranstaltungen, Führungen durch Ausstellung und Stadtteil sowie Workshops. Nachfragen und Informationen: Stadteilladen Halk Kösesi, Crellestraße 38, 10827 Berlin, Telefon 78 70 40 50, Email: info@vereinstadtteilvhs.de
- 2.-6. Juli Spuren der NS-Geschichte entlang der Müritz**
 Bildungsurlaub mit dem Fahrrad, Teilnahmebeitrag: 320 Euro, ermäßigt 280 Euro. Infos unter 0176/23 96 24 19, www.fahrradbildungsurlaub.de
- 13.-14. September**
2. Internationaler Gender Marketing Kongress in Berlin
 Teilnahmebeitrag: 750 Euro, Frühbucherrabatt bei Anmeldung bis 30. Juni: 590 Euro. Mehr Infos unter www.gendermarketingkongress.de

100 Jahre Frida Kahlo

♦ Aus Anlass des 100. Geburtstags der mexikanischen Malerin Frida Kahlo präsentiert das Instituto Cervantes gemeinsam mit dem Kino Babylon und der Mexikanischen Botschaft am Freitag, dem 6. Juli, um 19 Uhr Paul Leducs Film „Frida, naturaleza viva“ von 1983. Danach spielt die mexikanische Kombo Mariachi El Dorado Volkslieder, die von Liebe, Leid und Heldentum erzählen und die Frida sehr schätzte. Ein weiterer Höhepunkt der Veranstaltungsreihe ist die Ausstellung im Haus am Kleistpark, mit der die Künstlerinnen Renate Reichert und Gisela Weimann das Werk der Mexikanerin würdigen. Die Ausstellung zeigt Fotografien des Vaters Guillermo Kahlo aus dem Fundus des IAI ebenso wie Werke der Fotografin und Urenkelin Fridas, Christina Kahlo. Außerdem finden eine Reihe von Zusammentreffen deutscher und mexikanischer Wissenschaftler statt. Der Eintritt für den Kinofilm im „Babylon“ Rosa-Luxemburg-Str. 30, 10178 Berlin, kostet 6,50 Euro.

Besuch bei Hannah Höch

♦ Am Mittwoch, dem 20. Juni, brechen die „Staatsbürgerinnen“ zu einer Stippvisite bei den „Historischen Frauen“ auf. Diesmal geht es zu Hannah Höch (1889 – 1978), deren Atelier und Garten besichtigt werden. Treffpunkt ist um 10 Uhr am U-Bahnhof Alt-Tegel, gemeinsam geht es mit dem Bus 133 Richtung Heiligensee bis Haltestelle Bekassinenweg und dann noch etwa zehn Minuten zu Fuß bis An der Wildbahn 33. Um 11 Uhr beginnt dort die kostenlose Führung mit Johannes Bauersachs vom Förderverein Künstlerhaus Hannah Höch, der sich aber über Spenden freut. Im Anschluss besteht die Möglichkeit, gemeinsam in Kreuzberg die Berlinische Galerie zu besuchen und dort einen Imbiß einzunehmen.

**Was immer eine Frau macht, muss sie doppelt
so gut machen wie ein Mann, damit sie für
halb so gut gehalten wird.
Zum Glück ist das nicht schwer.**

**Charlotte Whitton,
Frauenrechtlerin und Bürgermeisterin von Ottawa**